

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 23/24 - 59. Jahrgang

5. Dezember 2009

## Swen Schulz: Studienpakt für gute Lehre

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Initiative der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu einem hochschulpolitischen Spitzentreffen, einem sogenannten „Bologna-Gipfel“.



Swen Schulz ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Damit unterstützt die HRK die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion vom 8. September, auf einem Hochschulgipfel Grundzüge und Verfahren zu einem - neben Exzellenzinitiative und Hochschulpakt - dritten Pakt für Studiumqualität und gute Lehre für alle zu vereinbaren. Allerdings müssten dort neben den Hochschulleitungen und den politisch Verantwortlichen von Bund und Ländern auch die Studierenden angemessen beteiligt werden. Wir fordern Bundesministerin Schavan auf, ihren wohl kaum ernst gemeinten Vorschlag eines „Bologna-Kummerkastens“ zurückzuziehen. Auf einem kommenden Hochschulgipfel muss der Bund angemessene und zielführende Beiträge anbieten. Der Bund darf nicht mit leeren Taschen antreten und lediglich wohlfeile Appelle an andere richten.

Wir fordern Bundesministerin Schavan auf, diese Initiative zu einem Hochschul-Gipfel aufzugreifen und als - wirklich angemessenen - Beitrag des Bundes mit den Ländern einen Studienpakt für gute Lehre auf den Weg zu bringen. Für diesen Pakt müssen mindestens drei Milliarden Euro für drei Jahre zur Verfügung gestellt werden, damit unter anderem die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur besseren Betreuung der Studierenden und guten Umsetzung der Bologna-Reform sowie ein breit angelegter Wettbewerb für „Gute Lehre für alle“ realisiert werden können.

## Schwarz-Gelb:

# „Unvorbereitet aufs Regieren“

## Steuerstreit, Jung-Rücktritt, Bruch von Wahlversprechen

Der Streit in der schwarz-gelben Bundesregierung geht weiter: CDU-regierte Länder lehnen die Finanzierung der geplanten Steuergeschenke der Bundesregierung ab, die FDP verweigert die Zustimmung zu Mindestlöhnen, die die CDU noch im Wahlkampf versprochen hatte, die erste Kabinettsumbildung muss bereits vier Wochen nach der Wahl erfolgen.

Auf alles seien CDU und FDP vorbereitet gewesen, nur nicht aufs Regieren, hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier schon die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen kommentiert. Inzwischen zeigen sich täglich die widerstreitenden Lobbyinteressen. Eine Milliarde Euro soll allein die Steubersubvention für die Hotelbranche kosten, Geld, das für die Kinderbetreuung notwendiger gebraucht würde. Dem geplanten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bescheinigen Experten Wirkungslosigkeit, die einzige Folge werden Millionlöcher in den Länderhaushalten sein.

Mit dem Rücktritt Jungs wurde die Bun-



Ein Bundestagsausschuss untersucht jetzt die Vertuschungsaktion im Verteidigungsministerium.

deskanzlerin zur bislang schnellsten Kabinettsumbildung gezwungen, die SPD fordert aber weiter Aufklärung, warum die Regierung dem Bundestag wesentliche Informationen zum Auslandseinsatz in Afghanistan vorenthalten hat.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel attestierte der Bundesregierung, dass "der Begriff Fehlstart noch eine Verniedlichung ist".

**Fortsetzung auf S. 4**

## Lissabon-Vertrag:

# „Guter Tag für Europa“

## SPD setzt weiter auf Stärkung des sozialen Gedankens

Als „guten Tag für Europa“ haben der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der Verantwortliche des SPD-Parteivorstandes für die Europäische Union Martin Schulz das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon bezeichnet.

Nach jahrelangen Verhandlungen und etlichen Rückschlägen sei das Inkrafttreten „ein großer Schritt nach vorn für eine starke und soziale Europäische Union im globalen 21. Jahrhundert“, so Gabriel. Die SPD habe den europäischen Verfassungsprozess maßgeblich mit angestoßen und von Beginn nachdrücklich unterstützt. „Wir haben durchgesetzt, dass durch den Vertrag von Lissabon das Prinzip der sozialen

Marktwirtschaft in Europa gestärkt wird. Dies muss nun auch voll in der Praxis der

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
WIR WÜNSCHEN IHNEN ANGENEHME  
WEIHNACHTSTAGE. UNSERE NÄCHSTE  
AUSGABE ERSCHEINT AM 16. JANUAR 2010.  
IHRE REDAKTION

europäischen Gesetzgebung gelten“, so Gabriel. Der Berliner SPD-Fachausschuss EU-Angelegenheiten hat eine Bewertung des Lissabon-Vertrages vorgelegt, die auch im Internet zur Verfügung steht: □

➡ [www.spd-berlin.de/fa-europa](http://www.spd-berlin.de/fa-europa)  
➡ Siehe auch Seite 10

**Betreuungsgeld:****„Ein falscher Anreiz“**

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt das geplante Betreuungsgeld strikt ab. „Der Anreiz, die Kinder zu Hause zu lassen, ist ein falscher Anreiz“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Dabei sei es unerheblich, ob es bei dieser Leistung um eine Barzahlung oder Gutscheine gehe.

Schwarz-Gelb plant, ab 2013 monatlich 150 Euro an Familien zu zahlen, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen. Der Koalitionsvertrag nennt auch die Möglichkeit von Bildungsgutscheinen statt Geldleistungen. Steinmeier warnte davor, durch Geldzahlung oder Gutscheine letztlich die Kinder vom Besuch einer Betreuungseinrichtung fernzuhalten, die dort die wichtige Gemeinschaft mit anderen Kindern erleben und Defizite bei der Sprachkompetenz mindern könnten. **PM** □

**Steuern:****Wachstum unbeschleunigt**

Vom „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung werden nach Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kaum wachstumsfördernde Wirkungen ausgehen.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Steuerensenkungen setzen maximal einen einmaligen Wachstumsimpuls von rund fünf Milliarden Euro, das sind 0,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dem stehen staatliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben von gut acht Milliarden Euro im Jahr gegenüber. Sollte die Regierung künftig versuchen, diese Aufwendungen durch Ausgabenkürzungen zu kompensieren, fielen die Wachstumseffekte der Steuerensenkungen sogar negativ aus, so das Institut in einer Stellungnahme.

Die Steuer- und Finanzexperten des IMK, Dr. Achim Truger und Dr. Till van Treeck, attestieren dem im Gesetz vorgesehenen Maßnahmenmix weder angebots- noch nachfrageseitig eine nennenswerte Wirkung. **BS** □

**POLITIK PERSÖNLICH**

**Petra Merkel**, Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag und **Sven Schulz**, stellvertretender bildungspolitischer Sprecher, sind in den erweiterten Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. **Eva Högl** ist neugewählte Sprecherin des Netzwerks Berlin, eines Zusammenschlusses jüngerer SPD-Bundesabgeordneter.

**Religion:****„Kultur der Anerkennung“**

Klaus Wowereit: Ängste ernst nehmen, aber nicht schüren

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Klaus Wowereit hat die CDU vor dem Schüren zusätzlicher Ängste gewarnt. Dem CDU-Politiker Bosbach, der nach dem Schweizer Votum gegen den Bau von Minaretten auch in Deutschland eine zunehmende Angst vor einer Islamisierung festzustellen meinte, warf Wowereit vor, all diejenigen den Rücken zu stärken, die eine Weltreligion auf extremistische Abspaltungen zu reduzieren versuchen. „Ableitungen dieser Art verbieten sich, sind töricht und unangemessen“, so Wowereit.

Solche Debatten gefährden zudem nach Ansicht Wowereits die vertrauensvollen Integrationsbemühungen in Deutschland. „Herr Bosbach muss endlich verstehen, dass es in unserem Land darum gehen muss, eine Willkommenskultur zu schaffen und Integration als Chance zu begreifen. Deutschland ist ein weltoffenes und liberales Land“, sagte Wowereit. Die rot-grüne Bundesregierung habe einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Öffnung geleistet und den Mief der Kohl-Jahre vertrieben. „Wenn Herr Bosbach und die schwarzgelbe Regierung an diese Zeit anknüpfen und zusätzliche Ängste schüren möchten, werden sie sich von Seiten der deutschen Sozialdemokratie intensiven Widerständen ausgesetzt sehen.“

Die SPD stehe für eine Kultur der Anerkennung im gesellschaftlichen Umgang miteinander, sagte Wowereit. „Kultur der



Klaus Wowereit. Foto: www.klaus-wowereit.de

Anerkennung bedeutet auch, dass jeder seine religiösen Überzeugungen offen leben kann. Dazu gehört auch, dass Religionen ihren Platz im öffentlichen Raum einnehmen können. Unser Grundgesetz bildet dafür den Rahmen. Wir bekennen uns hier ausdrücklich zu Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sichert. Dies gilt für alle Religionen.“

Ängste müssten ernst genommen werden. Dies sei Aufgabe und zentraler Bestandteil von erfolgreicher Integrationspolitik. „Die generalisierende Projektion von Ängsten auf Religionsgemeinschaften ist kein Beitrag zur politischen Debatte. Im Gegenteil: Sie zerstört wichtiges Vertrauen, das unsere Gesellschaft im Kern zusammenhält. Eine solche Reaktion ist einer selbstbewussten Nation und eines attraktiven Deutschland nicht würdig.“ **PM** □

**EU stärkt Verbraucher**

Lebensmittelkennzeichnung ausgeweitet

Überall in der EU müssen künftig die Nährwertangaben der Lebensmittel verbindlich und gut lesbar abgedruckt werden. Darauf hat die SPD-Europaabgeordnete und Expertin für Gesundheits- und Verbraucherschutz Dagmar Roth-Behrendt hingewiesen.

Der Vorschlag verpflichtet Lebensmittelhersteller, Angaben zu Energiewert, Fett, gesättigten Fettsäuren und Kohlenhydraten mit besonderem Hinweis auf Zucker und Salz anzugeben, was bisher nicht bei allen Produkten vorgeschrieben war. Dagmar Roth-Behrendt fordert darüber hinaus, dass auch Ballaststoffe verpflichtend gekennzeichnet werden müssen.

„Eine Neufassung der bestehenden Gesetzgebung ist überfällig, um an den Bedürfnissen der Verbraucher orientierte Informationen zu gewährleisten“, betont Dagmar Roth-Behrendt. Außerdem forder-

te sie die Lebensmittelhersteller auf, realistische und leicht nachvollziehbare Portionsgrößen für die Angabe der Nährwerte zu entwickeln. **PM** □

**Berliner Stimme**

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Michael Müller:

## Den Dialog in der Stadt organisieren

Ziele für das dritte Jahrzehnt - Berliner SPD plant eine Reihe von Hauptstadtkonferenzen

**„Welche Ziele setzen wir uns als SPD Berlin für das vor uns liegende Jahrzehnt?“ Das ist eine Frage, die in den letzten Wochen in zahlreichen Versammlungen der SPD, in persönlichen Gesprächen und auch in den Führungsgremien oft zu hören war. Das hat zwei Gründe. Die SPD, auch die Berliner, hat mit der Bundestagswahl eine historische Niederlage erleiden müssen. Mit dem Bundesparteitag in Dresden hat sie die ersten, durchaus ermutigenden Lehren daraus gezogen. Zum anderen ist aber auch der 20. Jahrestag des Mauerfalls im November ein Grund, gerade jetzt diese Frage zu stellen.**

2010 wird das Jahr der „Profilierung“ - und ein Jahr der harten Arbeit. Die Berliner SPD hat eine gute Bilanz vorzuweisen - in der Bildungs- oder Wirtschaftspolitik als wichtigste Beispiele. Es ist jetzt an der Zeit, den Blick nach vorne zu richten. Denn es ist der Anspruch der SPD, nicht nur für den Rest der Legislaturperiode, sondern darüber hinaus für das nächste, das dritte Jahrzehnt nach der Wende die gestaltende Kraft in Berlin zu sein. Die Frage, der wir uns als Berliner SPD im nächsten Jahr widmen, ist schlicht: „In was für einer Stadt wollen wir in Zukunft leben?“ Die sozialdemokratischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei der Rahmen.

### DER BLICK ZURÜCK FÜR DEN BLICK NACH VORNE

In den Jahren nach der Wiedervereinigung hat die SPD als die Berlin-Partei für die Stadt an vielen Stellen Verantwortung übernommen. Das erste Nach-Wende-Jahrzehnt war vor allem gekennzeichnet von der tiefen Wunde, die fast 40 Jahre lang mitten durch die Stadt verlief. Das ehemals geteilte Berlin wuchs langsam wieder zusammen. In diesen Jahren des Umbruchs hat die SPD das politische und soziale Zusammenwachsen Berlins mit angestoßen. Die Kieze im Osten der Stadt hatten viel aufzuholen und wurden dabei von der SPD unterstützt: Es war selbstverständlich für sozialdemokratische Politik, für den Ausgleich zwischen Ost und West und über die endlich gefallene Grenze hinweg für eine solidarische Stadtgesellschaft zu kämpfen - auch in der oft lähmenden Großen Koalition. Deren Ende kam mit dem Bankenskandal der CDU, der ein tiefes Loch in Berlins Haushaltskasse riss.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts der Nach-Wendezeit übernahm Klaus Wowereit



Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD. Foto: Horb

reit dann mit der schweren Aufgabe der Konsolidierung das Ruder im Roten Rathaus. Die sozialdemokratischen Ziele waren klar: Wie kann das politische und soziale Zusammenwachsen der Stadt weiter vorangetrieben werden - trotz schwieriger Finanzsituation? Wie kann gespart und trotzdem ein sozialer Ausgleich geschafft werden? Es waren harte Reformarbeiten, notwendige Sanierungsarbeiten und der Abschied von alt hergebrachter Mentalität, mit denen der SPD-geführte Senat die Stadt letztlich aus dem Dornröschenschlaf geführt hat. Die SPD hat im zweiten Jahrzehnt der Nachwendezeit konsequent Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur, aber auch den Wirtschaftsstandort Berlin gefördert. Es konnte durch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik erfolgreich die Ansiedlung von Firmen in Zukunftsbranchen wie der Gesundheits-, Umwelt- und Verkehrstechnologie erreicht werden.

### ES IST VIEL ERREICHT

Heute ist Berlin zum kulturellen, sozialen und politischen Zentrum Deutschlands geworden. Die Finanzsituation in der Stadt ist stabilisiert. Berlin hat aktuell deutschlandweit den höchsten Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, der Flughafen BBI wird weiter geschaffen. Adlershof ist ein Leuchtturm für die Clusterbildung in der Wirtschaftspolitik, Klaus Wowereit hat den nächsten mit Tegel als Technologiestandort bereits angekündigt.

In der Bildung ist Berlin Vorreiter für ein sozial durchlässiges, betreuungsstarkes und zukunftsfähiges Schulmodell. Längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen

und flexible Übergänge zwischen den Schulformen sind beispielhaft für sozial gerechte Bildungspolitik. In der frühkindlichen Bildung ist Berlin Spitzenreiter in Deutschland und baut diese Stellung schrittweise durch weitere kostenfreie Kita-Jahre und mehr Qualität aus. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familie haben in Berlin die besten Chancen, Familie und Beruf gut unter einen Hut zu bringen.

Mit einer konsequenten Ansiedlungspolitik für die Kulturindustrie, mit der steten Investition in Kultur und einer einzigartigen Museumslandschaft ist Berlin inzwischen auch Kulturhauptstadt.

### WIE GEHT ES WEITER?

Kurz: Die Bilanz für Berlin ist gut. Trotzdem gibt es keinen Anlass sich zurück zu lehnen. Die Stadt ist international geschätzt und innerhalb Deutschlands beliebt wie keine zweite Stadt. Viele junge Menschen aus Deutschland und Europa zieht es nach Berlin - als Tourist oder als „Neu-Berliner“. Berlin ist Magnet für Kreative genauso wie für Wissenschaftler. Berlin hat sich zu Beginn des dritten Jahrzehnts zur internationalen Metropole mit Weltformat gemauert.

Wer aber in einer Metropole lebt, hat auch mit den Problemen einer Metropole zu kämpfen. Das gilt auch für Berlin.

Die Berlinerinnen und Berliner können sich Weltoffenheit, Modernität und vielfältige Lebensstile. Menschen mit verschiedenster Herkunft leben tolerant und friedlich miteinander. Das bedeutet gleichzeitig Ungleichheiten - in der sozialen und kulturellen Herkunft und in den finanziellen Mitteln. Berlin ist wie viele Metropolen bedroht von sozialer Spaltung. Armut, Ausgrenzung oder die Verdrängung aus dem angestammten Kiez fordern eine Antwort - und zwar eine politische. Das Anzünden von Autos ist hier keine Antwort, sondern schlicht ein krimineller Akt. Trotz aller Bildungsanstrengungen in Berlin gibt es eine große Zahl von jungen Menschen ohne Schulabschluss aus bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. Trotz vieler Erfolge beim Schaffen neuer Arbeitsplätze gibt es immer noch zu viele Menschen, die keine Arbeit finden. Integration - soziale Integration durch Bildung und Teilhabe, Integration in Erwerbsarbeit und Integration in einen sich schnell verändernden Kiez - ist eine Zukunftsaufgabe, der sich die SPD stellen muss.

**Fortsetzung Seite 4**

**Fortsetzung von Seite 3**

Für diese Probleme gibt es keine einfachen Lösungen. Wirtschaftliche Prosperität, aktive Arbeitsmarktpolitik und gute Bildung sind wichtige Voraussetzungen. Berlin braucht gerechte und intelligente Konzepte, aber auch eine solidarische Stadtgesellschaft, die sich mit der Stadt verbunden und für sie verantwortlich fühlt.

**WEGE ZU EINER  
SOLIDARISCHEN STADT**

Die Berliner SPD kann gemeinsame Antworten auf diese Fragen für das dritte Jahrzehnt nach der Wende finden. Das geht über 2011 oder 2016 hinaus. Die SPD muss sich darüber klar werden: Wie begleitet und gestaltet sie die solidarische Stadt auch im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus und führt Berlin in eine gute Zukunft? Die Berliner SPD wird sich 2010 innerparteilich damit intensiv auseinandersetzen. Zum einen erarbeitet die SPD das Regierungsprogramm 2011-2016, zum anderen beteiligt sie sich intensiv an den Perspektivdebatten der Bundes-SPD.

Das reicht aber nicht. Eine Metropole wie Berlin kann nur stark sein, wenn sie von einer starken und solidarischen Stadtgesellschaft getragen wird. Die Berlinerinnen und Berliner haben eine hohe Identität mit ihrer Stadt. An vielen Stellen in Berlin, in ihren Kiezen, engagieren sie sich für die Stadt. Warum also tauscht sich die SPD nicht viel stärker mit ihnen über stadtpolitische Ideen und ihre Problemlagen aus? Es ist das Ziel, den Dialog zu suchen mit den Bürgerinnen und Bürgern von Berlin und anderen ExpertInnen für die Zukunftsfragen dieser Stadt. Auf dem Weg zu einer solidarischen Stadt kann die Berliner SPD Im-

pulse aufnehmen für ihre Programmarbeit und zugleich selbst Impulse geben für gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit in Berlin.

Das ist das Ziel einer Veranstaltungsreihe, die die Berliner SPD unter dem Arbeitstitel „Hauptstadtkonferenzen“ für das Jahr 2010 ins Leben ruft. In 4-5 Konferenzen werden die SPD und ihre Mitglieder mit Fachleuten und Bürgern, mit Vertretern der Verbände und Vereine, mit Interessengruppen und Unternehmen über zentrale Themen für Berlin diskutieren.

**DIE THEMEN DER STADT  
DISKUTIEREN**

Wie zum Beispiel kann es in Berlin gelingen, wissenschaftliche Innovationen in wirtschaftliche Leistung und ganz konkret in Arbeitsplätze umzusetzen? Ein daran anschließendes Thema ist die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin mit neuer Industrialisierung z.B. im Bereich Umwelt und Energie. Wie kann der Verkehr in Berlin organisiert werden? Es gibt immer mehr Fahrradfahrer und Fußgänger und Berlin hat weltweit einen der am besten ausgebauten ÖPNV. Ist das Berlin der Zukunft autofrei oder der Verkehr in der Stadt zumindest postfossil und welche Unterstützung brauchen die Bürger dann von der Politik?

Die Berliner SPD initiiert mit den „Haupt-

Über die Umsetzung des von Sigmar Gabriels angestoßenen Konzepts einer Parteiwerkstatt wird SPD-Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz in der kommenden Ausgabe der BERLINER STIMME berichten □

stadtkonferenzen“ einen Diskurs über die wichtigen Zukunftsfragen in der Stadt. Neben wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Themen spielt natürlich bei den Konferenzen die Frage nach sozialer Teilhabe in einer demokratischen Stadtgesellschaft eine große Rolle, die Frage nach Bürgerbeteiligung. Es geht um soziale Integration, die für Berlin eine wichtige, wenn nicht die Zukunftsfrage ist. Zuletzt beschäftigen sich die Konferenzen mit der Rolle des Staats: „Die Stadt für den Bürger.“ Die Berliner SPD lehnt nicht nur weitere Privatisierungen ab, sondern es gibt seit längerem die Überlegung der Rekommunalisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade hier kann man von Experten - Kommunen in Deutschland, die im kleineren Maßstab solche Erfahrungen bereits gemacht haben - Impulse erhalten, nächste Schritte und das „Für und Wider“ diskutieren.

**SPD ALS ANSPRECHPARTNER FÜR  
DIE STADTGESELLSCHAFT**

Die Idee einer solidarischen Stadt, mit der die SPD die Zukunft Berlins gestaltet, baut auf sozialdemokratischen Werten auf und beinhaltet viele gute Politikkonzepte. All die gilt es weiter zu entwickeln – in der innerparteilichen Diskussion genauso wie im Dialog mit den BürgerInnen und ExpertInnen. Die SPD hat den Anspruch als Gesprächspartner für die Stadtgesellschaft zu fungieren. Sie ist für die Stadt Moderator widerstreitender Interessen und „Scharnier“ zwischen engagierter Bürgerschaft und parlamentarischem, administrativen Handeln. Ihr Ziel muss es sein, Gestaltungsperspektiven für das dritte Jahrzehnt für Berlin zu entwickeln.

**Michael Müller** □

# Schwarz-Gelb: Aufs Regieren unvorbereitet

## Steuerstreit, Jung-Rücktritt, Bruch von Wahlversprechen

**Fortsetzung von Seite 1**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel „eine Krisenregierung, die selbst ihre Krisen produziert, sie aber nicht löst“. So muss die Vorgänge in der Affäre um den ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Jung jetzt ein Parlamentarischer Untersuchungsausschusses aufklären. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage, wie lange der neue Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg selbst die Information verschwiegen habe. Aber auch die Rolle des Kanzleramtes müsse geprüft werden, forderte Gabriel. Es sei zu klären, ob sich Franz Josef Jung vor der Bundestagswahl mit dem Kanzleramt in der Frage beraten habe.

Wirtschaftspolitisch sei „von der alten Tatkraft der Großen Koalition“ nichts mehr zu spüren, stellte Gabriel fest. Mit den geplanten Steuersenkungsvorhaben entlaste Schwarz-Gelb einseitig die Spitzenverdiener und entziehe zugleich Ländern und Kommunen die Grundlage für wichtige Investitionen, „zum Beispiel in Bildung“. So würde allein der geplante Stufensteuertarif den Ländern zwölf Milliarden Euro entziehen. „Kommunen und Länder werden ausfallen als Investoren“, so Gabriel.

Der Parteivorsitzende appellierte an Angela Merkel, in den vielen ungeklärten Fragen endlich Entscheidungen zu treffen. „Sie muss nun entscheiden und scheinbar will sie das nicht.“ In der Großen Koalition habe Merkel mit ihrem moderierenden Regie-

ungsstil noch Erfolg gehabt, weil die sozialdemokratischen Minister für sie die Arbeit erledigt hätten. Diese Art zu regieren funktioniert nun nicht mehr. Mit ihrer Unentschiedenheit – ausgerechnet „in Zeiten, wo Politik gefordert ist“ - befördere die Kanzlerin die Krise weiter, sagte der SPD-Vorsitzende und forderte sie auf, ihrem Amtseid zu entsprechen: Sie müsse endlich entscheiden, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Auf dem Arbeitgebertag hatte der SPD-Vorsitzende der Bundeskanzlerin einen „Pakt der wirtschaftlichen Vernunft“ angeboten, um die Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer zu machen. Erstes und wichtigstes Element hierfür müsse die Regulierung der Finanzmärkte sein. **BS** □

Wohnen:

# Keiner soll Sorge um seine Wohnung haben

Michael Arndt: Nachhaltige Mietentwicklung und tragfähige Mieten im Sozialen Wohnungsbau

**Berlin ist eine Metropole, die sich auch ein Mieter mit mittleren Einkommen leisten kann, so Hans Georg Rips. Vorsitzender des Berliner Mietervereins. Dies sei eine Situation, die weder selbstverständlich, noch in der Bewertung unumstritten ist, kommentierte das Mietermagazin (Nr. 10 2009). Diesem Urteil ist nichts hinzuzufügen.**

Eine nachhaltige Mietentwicklung anzu- steuern und behutsam weiter zu befördern, ist allerdings das Gebot der Stunde. Denn Anfang vergangener Woche wurde der Wohnungsmarktbericht der Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Ergebnis lautet: Die Mieten in Berlin wurden im letzten Jahr deutlich teurer.

Besonders betroffen waren attraktive La- gen in den Berliner Innenstadtbezirken. Gleichzeitig entwickelten sich die Betriebskosten und Heizkosten überdurchschnittlich. Die SPD-Fraktion hat schon lange da- vor gewarnt, dass bei einer gleichzeitigen Stagnation der Einkommen vieler Berliner Haushalte die Mieten nicht mehr überall bezahlt werden können. Das muss zu An- spannungen auf dem Wohnungsmarkt führen, wenn gleichzeitig in der Innen- stadt eine erhöhte Nachfrage für attraktive Wohnungen aufgrund einer - darauf kön- nen wir stolz sein - positiven Erwerbsper- sonen- und Wirtschaftsentwicklung unse- rer Stadt existiert.

Sozialdemokratische Wohnungspolitik muss jedoch alle Bevölkerungsgruppen im Blick haben. Die Entwicklung auf dem Ber- liner Mietenmarkt hat die SPD-Fraktion da- her nicht tatenlos zur Kenntnis genom- men, sondern es wurde und wird gehan- delt. Mit Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit haben wir mit dafür gesorgt, dass in die- sem Sommer nach langen Verhandlungen zwischen den Verbänden der Mieter wie Vermieter neue Regelungen für den Miet- spiegel 2009 und die folgenden Jahre er- reicht wurden. Diese Vereinbarungen beinhalten stärker auch als bisher ökologische Belange bei den Betriebskosten. Der Miet- spiegel 2009 ist damit ein wichtiger Schritt zur Sicherung von sozialverträglichen Mie- ten und einem nachhaltigen Mietniveau.

In der vergangenen Woche haben wir im Berliner Abgeordnetenhaus weitere Initia- tiven zur Begrenzung des Mietniveaus ver- abschiedet. An erster Stelle gilt es den so- zialen Wohnungsbau wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es ist absurd, dass So- zialwohnungen auf Grund einer alten För- dersystematik teurer sind als ungeförder- ter Wohnungsbestand. Vor dem Hinter-



Michael Arndt ist Bauexperte der SPD-Fraktion.

grund dieser Entwicklung ist eine umfang- reiche soziale Entmischung - ähnlich wie vor der Abschaffung der Fehlbelegungsab- gabe - zu befürchten.

Wir streben an, dass die seinerzeit zur Förderung gezahlten Baudarlehen mittels eines festzulegenden Pauschalbetrages vom Wohnungseigentümer - verbunden mit einer Mietpreis- und Belegungsbin- dung - zurückgezahlt werden können. Die- ser Pauschalbetrag könnte bei Nachweis von außerplanmäßigen energetischen In- standsetzungs- und Modernisierungsmaß- nahmen reduziert werden. Damit wird der Klimaschutz gestärkt. Darüber hinaus ist es unser Ziel, ein Mietpreisniveau in den heutigen sogenannten Sozialwohnungen anzustreben, welches zehn Prozent un- terhalb der Vergleichsmiete liegt. Kurzum: Wo Sozialer Wohnungsbau drauf steht, muss wieder Sozialer Wohnungsbau drin stehen.

Hierzu müssen vertragliche Regelungen zwischen dem Senat und den Haus- und Wohnungseigentümern innerhalb eines Jahres erreicht werden. Die Vorteile dieser Mietenpolitik sind langfristige Mietensi- cherheit und ein tragfähiges Mietenni- veau für die heutigen Mieterinnen, Schul- denreduzierung für die Vermieter sowie vorzeitige Einnahmen für den Berliner Landeshaushalt.

An zweiter Stelle sind Initiativen zur Be- grenzung von Energieverbrauch und Ener- giekosten zu nennen. Wir wollen, dass die Mieterinnen und Mieter Mietminderun- gen einfordern können, wenn der Vermie- ter den gesetzlichen Mindestanforderun- gen der Energieeinsparverordnung nicht nachkommt und dem Mieter hierdurch ei- ne zu erwartende Senkung der Kosten vor- enthalten wird.

Parallel hierzu verlangen wir in der Zu- kunft eine Vorlagepflicht für bedarfsorien- tierte Energieausweise. Es soll eine Selbst- verständlichkeit werden, dass der Mieter ohne zusätzlichen Aufwand ein Mehr an Information und ein Mehr an Transparenz

über den Energiezustand seiner Wohnung erhält. Ferner fordern wir eine Erleichte- rung von Energiecontracting. Bei diesen Maßnahmen gilt es, Vorteile für die Mieter und Vermieter auf dem Energiemarkt zu erzielen.

MEHR DEMOKRATIE BEIM  
WOHNEN

An dritter Stelle wollen wir die Mieter- beiräte stärken. Unser Senat wurde aufge- fordert im Zuge seiner Eigentümerfunkti- on in den landeseigenen Wohnungsbaue- gesellschaften dafür Sorge zu tragen, dass Mieterbeiräte als wichtiges Element der Bestandsbewirtschaftung zu fördern sind. Dies ist nicht nur ein Stück Demokratisie- rung der Wohnungswirtschaft, sondern unsere Erfahrungen zeigen, dass dort wo Mieterbeiräte bestehen, positive Wirkun- gen auf das Nachbarschaftsverhältnis und die Stabilisierung von Quartieren zu beob- achten sind, die Neben- und Betriebsko- sten geringer sind und die Mieter sich stär- ker an ihre Wohnung bzw. an die Woh- nungsbaugesellschaft binden.

Es bleiben weitere Herausforderungen. Von einem Gleichgewicht auf dem Berliner Mietermarkt kann nur gesprochen werden, wenn es gelingt, die soziale Mischung auch in den Innenbezirken zu erhalten und den dortigen Entmischungstendenzen wirk- sam entgegenzuwirken. Einkommens- schwächere Bevölkerungsgruppen müssen weiter die Möglichkeit haben, auch in den innerstädtischen Quartieren zu leben. Hierzu sind spezifische und zielorientierte Instrumente für den Berliner Wohnungs- markt sorgfältig zu prüfen und umzuset- zen. Von der Opposition werden hierzu Bundesratsinitiativen eingefordert. Die SPD-Fraktion schließt derartige Maßnah- men nicht aus, aber zuerst sind wir selbst gefordert. Diese Reihenfolge ist wichtig, um positive, aber auch negative Erfahrun- gen zu sammeln.

Die Wohnungs- und Mietenpolitik in Berlin bleibt im Zentrum unserer Stadtpoli- tik. Wir stehen für bezahlbare Mieten für alle Bevölkerungsschichten, keiner soll Sor- ge um seine Wohnung haben. Die Integra- tion von Menschen unterschiedlicher Her- kunft, sozialer Lage und Lebensorientie- rung ist unsere neue soziale Aufgabe. Wir wollen die soziale Entmischung in den Wohnquartieren und die Verdrängung un- terer und mittlerer Einkommensschichten in die Außenbezirke verhindern. Berlin wird eine Metropole bleiben, die sich alle leisten können.

Michael Arndt □

## DGB: Kandidaten für Vorsitz nominiert

**Doro Zinke wurde auf der gestrigen Sitzung des DGB-Bundesvorstands einstimmig als Kandidatin für die Nachfolge von Dieter Scholz als Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg nominiert. Christian Hoßbach wurde ebenfalls einstimmig als Kandidat für den stellvertretenden Vorsitzenden nominiert.**

Damit folgte der Bundesvorstand dem Votum des DGB-Bezirksvorstands. Die Wahl erfolgt am 29.01.2010 auf der 5. Ordentlichen DGB-Bezirkskonferenz in Potsdam. **PM** □

## Gaebler: Sparvorgaben bei der S-Bahn beenden

**Die unhaltbare Situation bei der Berliner S-Bahn ist hausgemacht durch den drastischen Sparkurs der Deutschen Bahn AG. In dieser Einschätzung sieht sich der Parlamentarische Geschäftsführer und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Christian Gaebler jetzt durch Bundesverkehrsminister Ramsauer bestätigt. Alle gegenteiligen Aussagen von Bahnvorstand Homburg und Bahnchef Grube seien damit haltlos.**

Gaebler: „Wir fordern vom Bahnkonzern umgehend die Rücknahme der Sparmaßnahmen bei Personal und Investitionen bei der S-Bahn Berlin und den für die S-Bahn zuständigen Bereichen von DB Netz und DB Station und Service. Die Glaubwürdigkeit der beiden Herren ist durch die anhaltenden Probleme der S-Bahn und die Aussagen des Bundesverkehrsministers stark erschüttert. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, muss der Aufsichtsrat der Bahn beide entlassen, um weiteren Schaden von der Bahn und der S-Bahn abzuwenden.“

Für die S-Bahn Berlin forderte Gaebler eine Rücknahme der Einsparvorgaben, insbesondere im Personalbereich, die Aufstockung der bei der S-Bahn dauerhaft beschäftigten Zugfahrer und Werkstattmitarbeiter, die Herstellung von zusätzlichen Werkstattkapazitäten in zentraler Lage, um lange Überführungsfahrten zu vermeiden, die sofortige Instandsetzung aller defekten Weichenheizungen und -antriebe als Wintervorsorge, die Sicherstellung einer schnellen, dezentralen Störungsuntersuchung und -behebung und den Verzicht auf die Managementumlage in Höhe von 24 Mio. Euro, die der Konzern von der S-Bahn kassiert. Ferner forderte Gaebler die sofortige Entlassung des für die Umsetzung der Sparvorgaben verantwortlichen Aufsichtsratsvorsitzenden Graf von der Schulenburg. **PM** □

## Tanz ums Geld

SPD setzt verbesserte Kulturförderung durch

**Der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat auf Vorschlag der SPD beschlossen, die Förderung für die Tanzkompagnie cie. toulalimnaios und des MACHmit Museums im Prenzlauer Berg zu verbessern.**

Toula Limnaios und Ralf R. Ollertz betreiben seit 2003 im Stadtteil Prenzlauer Berg ein Tanztheater von internationalem Spitzenformat. Die bisherige jährliche Förderung durch das Land Berlin wurde vom Hauptausschuss von 90.000 € um 50.000 € auf 140.000 € verbessert. Die 18köpfige Gruppe zeigt zeitgenössischen Tanz und ist zu einer festen Größe in der Berliner Kulturlandschaft und darüber hinaus geworden. Die knapp 100 Auftritte im Jahr, davon die Hälfte im Ausland, sind zu nahezu 100 Prozent besucht. Die Mittelverstärkung fließt in die Vergütung der festangestellten Künstlerinnen und Künstler, die bisher lediglich für 9 Monate im Jahr etwa 1.100 Euro monatlich netto erhalten.

„Wir müssen in Berlin auch in Zeiten knapper Kassen an einer ausgewogenen Finanzpolitik festhalten und neben der Staatsoper auch solche Künstler unterstützen, zumal diese Truppe derweil auf Augenhöhe mit den ganz Großen tanzt“, so der Abgeordnete Torsten Schneider, der sich des Anliegens der Pankower Künstler annahm.

Auch das MACHmit Museum erhält zukünftig eine jährliche Unterstützung durch das Land in Höhe von 50.000 €. Das



Thorsten Schneider ist Pankower SPD-Abgeordneter. Foto: SPD Berlin.

Museum im Stadtteil Prenzlauer Berg, dessen Schirmherr der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse ist, finanziert sich derzeit aus den Eintrittsgeldern, einer 7prozentigen Förderung durch den Bezirk Pankow, Projektförderungen und Spenden. Das MACHmit Museum ist ein ganz besonderes Museum: Zahlreiche Angebote zum Entdecken, Ausprobieren und Erforschen animieren Kinder dazu, spielerisch zu lernen.

„Das MACHmit Museum ist zu einer Institution überregionaler Bedeutung geworden wovon sich Wolfgang Thierse und ich vor Ort überzeugen konnten“, so der Abgeordnete Torsten Schneider zum erfolgreichen Bemühen der SPD. **PM** □

## „Ohne Moos nix los“

AWO veranstaltet bundesweiten Schüler- und Jugendwettbewerb

**Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) macht auf den Wettbewerb der AWO „Ohne Moos nix los“ aufmerksam und fordert Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen auf.**

„Als ich vor zwei Jahren an der langen Nacht der Schuldnerberatung in Spandau teilnahm, war ich erstaunt, wie sorglos viele Menschen, vor allem jüngere mit ihrer Unterschrift umgehen und wie schnell sie plötzlich in einer Schuldenfalle stecken. Ich finde daher diesen Wettbewerb sehr gut und hoffe, dass sich möglichst auch viele Spandauer Schulklassen und Jugendeinrichtungen daran beteiligen werden,“ begrüßt Swen Schulz die Initiative der AWO.

Zu Themen rund ums Geld und Schuldenmachen können z.B. Videos, ein Podcast oder ein Quiz eingeschickt werden. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2010.

Mit dem Wettbewerb „Ohne Moos nix los“ will die AWO auf die Zusammenhänge von Konsum, Geld, Schulden und Armut aufmerksam machen. Nicht selten käme es vor, dass 18- bis 21jährige bereits mit 1.600,- bis 3.200,- Euro bei Handybietern überschuldet seien, so ein AWO-Mitarbeiter der Schuldnerberatung in Spandau. „Ohne Moos nix los“ ist ein Beitrag zum Europäischen Jahr gegen Armut. Bundesweit können sich Jugendliche, Schulen, Klassen und Jugendverbände online bewerben. Es winkt Preise zwischen 200,- und 1.500,- Euro.

Pro Bundesland soll es neun Preisträger geben. Von den Siegerinnen und Siegern der Bundesländer werden in einem feierlichen Festakt Ende 2010 die drei besten Beiträge je Alterstufe ausgezeichnet. Anmelden kann man sich unter [www.awo-schuelerwettbewerb.org](http://www.awo-schuelerwettbewerb.org). **PM** □

Aktion:

# Flagge zeigen gegen Gewalt

ASF und SPD Berlin: „Nein zu Gewalt gegen Frauen“

Mit einer Flaggenaktion am Kurt-Schumacher-Haus haben die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und die Berliner SPD auf den Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. Dabei hat Justizstaatssekretär Hasso Lieber darauf hingewiesen, dass jede vierte Frau in Deutschland schon einmal Gewalt durch ihren Partner erleben musste. Die Berliner Stimme dokumentiert die Rede von Hasso Lieber.

Seit nunmehr 10 Jahren erinnert uns der 25. November jedes Jahr daran, dass eine Vielzahl von Frauen und Mädchen weltweit, auch hier in Deutschland wieder Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt sind. Wer glaubt, dass sich das Problem der Gewalt gegen Frauen in einem aufgeklärten Deutschland inzwischen erledigt habe, befindet sich leider in einem bedauerlichen Irrtum.

Statistisch gesehen musste jede vierte Frau in Deutschland schon einmal Gewalt durch ihren Partner erleben, fast jede siebente hat die Erfahrung einer Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung machen müssen. Nahezu 45.000 Frauen suchen jährlich Zuflucht in Frauenhäusern.

Häusliche Gewalt von Männern gegen Frauen, das ist Gewalt unter Menschen, die sich vermeintlich nahe stehen. Gewalt in einer Beziehung ist trotzdem, aber auch deshalb zugleich in den meisten Fällen Gewalt, die im Verborgenen bleibt. Das Dunkelfeld ist groß. Wie groß, weiß niemand genau. Die Statistiken zeigen uns naturgemäß nur das Hellfeld. Aber selbst das Hellfeld ist groß und erschreckend.

Die polizeiliche Kriminalstatistik registriert für das Jahr 2008 über 16.000 Fälle häuslicher Gewalt in Berlin, darunter zwei vollendete Tötungsdelikte und elf Versuche. Drei Viertel aller Opfer häuslicher Gewalt sind dabei Frauen. Die Tendenz ist seit Jahren steigend. Allein 2008 gab es einen Anstieg von nicht weniger als 23 % gegenüber dem Vorjahr. Für das erste Halbjahr 2009 schreibt die statistische Erfassung häuslicher Gewalt bei der Amts- und der Staatsanwaltschaft Berlin zusammen knapp 7.800 eingeleitete Ermittlungsverfahren - von einem merklichen Rückgang also kaum zu sprechen. Aber was sagen diese Zahlen? Die Zunahme der statistisch erfassten Fälle steht nicht für eine Zunahme der Gewalt, sondern für eine Zunahme des Erkennens der Gewalt.

Es ist insbesondere ein Erfolg der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, dass die Anzeigenbereitschaft gestiegen ist.



An der Fahnenaktion am Kurt-Schumacher-Haus nahmen neben Staatssekretär Hasso Lieber u.a. die ASF-Landesvorsitzende Eva Högl, der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Marc Schulte und die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Karin Seidel-Kalmutzki teil.

Darin hat dieser heutige Tag auch seinen besonderen Sinn - nämlich den Opfern der Gewalt das Gefühl zu vermitteln, dass es sich lohnt, sich gegen die erlittene Gewalt zur Wehr zu setzen. Unter der Geltung des Gewaltmonopols des Staates trifft die staatlichen und kommunalen Organe dabei eine besondere Pflicht zum Handeln und Helfen.

Mit der Aufhellung des Dunkelfeldes ist es freilich nicht getan. Häuslicher Gewalt muss wirksam und nachhaltig entgegengewirkt werden. Dabei müssen wir zunächst an der Ursache und nicht an den Symptomen ansetzen.

Wo häusliche Gewalt herrscht, da versagen unter anderem Kommunikationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Beziehungsfähigkeit. Das Fehlen dieser Fähigkeiten hat häufig etwas mit sozialer Benachteiligung und fehlenden Bildungschancen zu tun. Hier gilt: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“ Aber machen wir uns nichts vor: häusliche Gewalt ist unabhängig von Alter, Nationalität, Religion, Bildung und Einkommen.

Wo die Prävention nichts hilft, müssen wir ihr mit einem wirkungsvollen Programm entgegentreten. Das rechtliche Instrumentarium zielt im Schwerpunkt auf schnelle und wirksame Trennung von Täter und Opfer.

Dem Täter wird die Gelegenheit zur weiteren Gewaltanwendung genommen. Dafür ist das zivilrechtliche Instrumentarium kontinuierlich verbessert worden. Das Gewaltschutzgesetz ermöglicht dem Familiengericht, dem Täter langfristig ein Betreten der gemeinsamen Wohnung zu verbieten. Dem gewalttätigen Partner können



Näherungsverbote erteilt und die Telekommunikation untersagt werden. Darüber hinaus kann das Gericht die Verpflichtung des Täters anordnen, der gefährdeten Person die gemeinsam genutzte Wohnung zumindest befristet zu überlassen - unabhängig von der Frage, wer Eigentümer bzw. Mieter der Wohnung ist.

Die Polizei kann mit der sofortigen Wegweisung des Gewalttätigen aus der Wohnung reagieren.

Für die Justiz ist häusliche Gewalt vor allem aber ein strafrechtliches Problem. Die Strafgerichte haben dabei eine grundsätzliche Schwierigkeit: Sie sind erst am Zuge, wenn es schon zu spät ist. Strafrecht, Strafjustiz und Strafvollzug nehmen dabei auch zunächst den Täter in den Blick. Wenn es jedoch um die Vermeidung weiterer Verletzungen geht, darf es nicht nur um den Täter, sondern muss es auch und vor allem um das Opfer gehen. Im Strafprozess droht das Opfer sonst durch die Konfrontation mit Tat und Täter ein zweites Mal zum Opfer zu werden. Die Senatsverwaltung für Justiz ist daher neben dem Ziel einer rechtsstaatlichen und effektiven Strafverfolgung bei einer Vielzahl von Gesetzesänderungen in der Vergangenheit stets auch für das Ziel eines effektiven Opferschutzes eingetreten.

Gewalt äußert sich aber nicht nur in Schlägen und anderen körperlichen Auseinandersetzungen. Eine besondere Form der Gewalt und ein Mittel der Unterdrückung von Frauen und Mädchen ist die Zwangsverheiratung. Die Bekämpfung dieses Phänomens ist dem Senat schon seit Jahren ein wichtiges Anliegen. Betroffen

**Fortsetzung Seite 8**

**Fortsetzung von Seite 7**

sind hiervon vor allem Migrantinnen. Empirisch fundierte Aussagen über das Ausmaß von Zwangsehen sind schwierig zu treffen. Es gibt kaum verlässliche Daten. Die schwierige psychische Verfassung und die Furcht vor Racheakten bis hin zu Ermordungen wegen einer vermeintlichen Verletzung der Familienehre halten betroffene Frauen häufig davon ab, sich zu offenbaren. Der oftmals unsichere Aufenthaltsstatus, Sprachbarrieren und die Unwissenheit über existierende Gesetze kommen hinzu.

Das daraus entstehende Informationsdefizit verhindert, dass die Zwangsheirat als gesellschaftliches, aber auch rechtliches Problem bisher umfassend aufgearbeitet werden konnte. Auch hier müssen wir weiter daran arbeiten, dass eine breite Öffent-

lichkeit für dieses Phänomen sensibilisiert wird.

Gerade das letzte Beispiel, das man noch um Erscheinungsformen wie die weibliche Genitalbeschneidung ergänzen könnte, machen deutlich, dass Gewalt - in welcher Form und gegen wen auch immer - mehr ist, als nur die Zufügung von Schmerzen. Es sind die Unterdrückung des gesellschaftlich Schwächeren, der Machtanspruch des Täters, die Negierung der Menschenwürde des Opfers und damit der direkte Angriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte, die die Gesellschaft zur Wachsamkeit und zum solidarischen Handeln aufordern.

Lasst uns in diesem Sinne heute öffentlich ein deutliches Zeichen gegen häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und Frauenhandel setzen. Die hier gehisste blaue Fah-

ne dient als Zeichen der Mahnung und Erinnerung. Gewalt gegen Frauen, aber auch die Gewalt gegen andere Gruppierungen: gegen Kinder, gegen Behinderte, gegen alte Menschen, gegen Obdachlose, gegen Migranten - egal, wo sie und gegen wen sie passiert - darf nicht verschwiegen, vertuscht, entschuldigt oder verharmlost werden. Für die Ausübung von Gewalt gibt es keine Entschuldigung. Vor allem aber ist Gewalt gegen Frauen keine Privatsache, auch und gerade, wenn sie im familiären Umfeld geschehen. Gewalt macht uns alle unfrei, weil sie Angst hervorruft.

Gerade an dieser Stelle sei das Wort von John F. Kennedy am 27. Juni 1963 vom Schöneberger Rathaus ins Gedächtnis gerufen: Die Freiheit ist unteilbar, und wenn auch nur einer unterdrückt ist, dann sind nicht alle frei.

**NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD**

**Auf zum Walzer, Genossen!** Wegen des großen Erfolges in den letzten beiden Jahren lädt die SPD Friedenau nun zum dritten Mal zu einer rauschenden Ballnacht ein. Sie findet am Sonnabend, dem 20. Februar 2010 im Schlesiensaal des Rathauses Friedenau statt. Kartenreservierungen sind ab sofort möglich.

Natürlich gibt es auch dieses Mal Tanzshow-Einlagen des Tanzsportclubs Blau-Silber Berlin e.V., ein stimmungsvolles Ambiente und kulinarische Köstlichkeiten.

➡ Ball der SPD Friedenau, 20. Februar 2010, Einlass: 18:00 Uhr, Beginn: 19:00, Rathaus Friedenau, Schlesiensaal. Vorbestellung der Karten zu 28 Euro im Büro Edmund Hellmich, Telefon 030 - 51 73 66 14, E-Mail: mail@rechtsanwalt-hellmich.de

**Unicef-Grußkarten im Wahlkreisbüro.**

„Schon jetzt an Weihnachten denken“ heißt es seit Ende November wieder im SPD-Bürgerbüro von Petra Merkel in der Goethe80. Wie in den Jahren zuvor werden bis zum 19. Dezember 2009 in Zusammenarbeit mit der unicef-Arbeitsgruppe Berlin die aktuellen Weihnachts-Grußkarten des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen in einer Ausstellung gezeigt.

Selbstverständlich können die unicef-Grußkarten auch zu den Öffnungszeiten des Büros (Mo und Do 12-16 Uhr; Di und Mi 10-14 Uhr; Sa 11-14 Uhr) gekauft werden. 75 % des Kartenpreises sind Spende für unicef-Hilfsprojekte und steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung wird ausgestellt.

➡ Unicef-Kartenverkauf und Ausstellung: Wahlkreisbüro / SPD-Bürgerbüro GOETHE80, Goethestraße 80, 10623 Berlin.

**20 Jahre Sozialdemokratie in Ungarn.**

Im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf und dem XV. Bezirk von Budapest besuchte eine 10-köpfige Delegation der SPD-Fraktion unseres Bezirkes die Genossen der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) zu ihrem 20-jährigen Jubiläum. Auf Einladung des Bezirksbürgermeisters und Mitglied des ungarischen Parlamentes, Hajdú László, nahmen die Berliner Sozialdemokraten auf ihrer 4-tägigen Reise vom 29.10.2009 bis zum 1.11.2009 an verschiedenen kulturellen und politischen Veranstaltungen teil.

Höhepunkt der Reise waren die gemeinsam begangenen Feierlichkeiten rund um den 20. Jahrestag der Gründung der MSZP. Auf dem Festakt wurde an die revolutionären Ereignisse in den Jahren 1989/90

in beiden Ländern ebenso erinnert, wie an die darauf folgende Gründung der Städtepartnerschaft zwischen beiden Hauptstädten und ihren Bezirken.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und Delegationsleiter, Klaus Mätz, überreichte im Namen der Sozialdemokraten ein Grußwort von Altkanzler Gerhard Schröder, in welchem dieser darauf hinwies, dass die wachsende gesellschaftliche Ungerechtigkeit in Europa nicht ohne eine starke Sozialdemokratie bekämpft werden kann.

Klaus Mätz sprach im Anschluss eine offizielle Gegeneinladung für einen mehrtägigen Besuch der Budapester in Berlin aus und betonte „wie sehr beide Länder und Parteien voneinander lernen können und einen Grundstein gelebter europäischer Zusammenarbeit bilden können“.

**Berliner Regionalgruppe des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD.**

Bis 2007 war der Arbeitskreis auf Bundesebene ein lockerer Zusammenschluss ehrenamtlich Engagierter. Anfang Januar 2008 hat der Parteivorstand den Arbeitskreis offiziell anerkannt. Seit April 2008 arbeitet er mit neuer Struktur und einem Sprecherkreis, dem aus Berlin Wolfgang Thierse angehört.

Jetzt entsteht auf Berliner Ebene eine Regionalgruppe des Arbeitskreises, die der Charlottenburger SPD-Kreisvorsitzende Christian Gaebler koordiniert. Sie wird in enger Abstimmung auch mit dem Forum Christen der SPD Brandenburg arbeiten, da die christlichen Kirchen in der Region ländübergreifend organisiert sind.

➡ Kontakt über den SPD-Landesverband, Tel. 4692 222, Mail: zielgruppen.berlin@spd.de



## Neumitgliedertreffen

# Jung, Dynamisch, Engagiert

„Die Lanze für einen Neuanfang brechen.“

„Gut, spannend und lohnenswert“ sei die Arbeit in der Partei. Beim jüngsten Neumitgliedertreffen der Berliner SPD betonte der SPD Landesvorsitzende Michael Müller zudem, wie wichtig die Beteiligung der Basis an der innerparteilichen Diskussion sei.

Mehr als 120 neue SPD-Mitglieder fanden sich am 19.11. zum Neumitgliedertreffen im Willy-Brandt-Haus ein, um mit Michael Müller über aktuelle Themen, die die SPD und ihre Mitglieder beschäftigen, zu diskutieren. Es wurden viele, teils kritische Fragen gestellt, wodurch eine offene Atmosphäre geschaffen wurde, die Raum für Anregungen und Visionen bot.

Auffällig war, dass sich das Verhältnis von Männern zu Frauen in der Partei auch an besagtem Abend widerspiegelte: Von 128 Teilnehmern waren 90, also knapp 70% männlich. Die Altersstruktur machte Mut für die anstehenden Herausforderungen: Die meisten Teilnehmer mit ca. 60 Prozent lieferte die Gruppe der bis zu 40-Jährigen.

Michael Müller warb für die Arbeit in den Abteilungen und forderte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu auf, das private Erleben mit einzubringen. Persönliche Erfahrungen prägten den eigenen Willens- und Meinungsbildungsprozess und da die Partei von aktiven Mitgliedern lebe, sei es unerlässlich, die Sorgen und Vorschläge des Einzelnen ernst zu nehmen. Wer seine Erfahrungen einbringe, der helfe dabei, eine Politik zu formulieren, die bei den Bürgern ankomme.

Viele aktuelle politische Themen wurden angeschnitten, darunter auch die Frage nach den Ursachen für die in Brand gesetzten Autos. Michael Müller wies auf die Vielschichtigkeit des Problems hin. Dadurch, dass es sich oft um Vorfälle in den gleichen Quartieren handele, müsse stadtentwicklungspolitisch nach den Gründen geforscht werden. Untersucht werden müssten u.a. die Faktoren Bildungsangebot und Mietpreise.

Weiterhin beschäftigte die Beteiligten die Folgen der missglückten Wahl Hella Dunger-Löpers zur Rechnungshofpräsidentin. Ein Genosse aus Reinickendorf wollte „die Lanze brechen für einen wirklichen Neuanfang“. Die Frage nach den Visionen in der SPD beantwortete Michael Müller, indem er auf mögliche Perspektiven der Weiterentwicklung hinwies. Es müsse eine allgemein verständliche Politik formuliert werden, die das Profil der SPD zeigt und unverwechselbar sozialdemokratisch ist.

Das Profil der SPD war für Jan Wiesbock der Grund, kurz nach der Wahl einzutreten.



Treffen mit Neumitgliedern im Willy-Brandt-Haus: der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Foto: Augenstein

„An der SPD schätze ich ihr Traditionsbewusstsein und die Vielseitigkeit ihrer Mitglieder und Meinungen“, so der junge Genosse. Ihm ist daran gelegen, die Themen der SPD nach außen zu kommunizieren.

Der 21jährige Peer Schölzel möchte sich „besonders bildungspolitisch engagieren“ und fand an diesem Abend Antworten auf seine Frage zur Berliner Bildungspolitik. Die qualitative Ausstattung der Kitas als „echte Bildungseinrichtungen“ würde weiter vorangetrieben und im Bereich der Hochschulpolitik würden zusätzliche Studienplätze entstehen, die nach wie vor ohne Studiengebühren blieben, versprach Michael Müller.

Der Abend war geprägt vom Interesse der Anwesenden und von spannenden Diskussionen. Würden die Zahlen nicht eine andere Sprache sprechen so hätte die Veranstaltung Anlass geboten, zu glauben, dass die Talsohle der SPD bereits überwunden ist.

Julia Schröder □

## FRAKTION INTERN

**Kinderschutz wird verbessert.** Mögliche Gefährdungen des Kindeswohls durch Vernachlässigung oder Gewalt sollen frühzeitig erkannt werden. Das ist Ziel des neuen Kinderschutzgesetzes, das vom Abgeordnetenhaus in der kommenden Woche verabschiedet werden soll. Kern, so die gesundheitspolitische Sprecherin Stefanie Winde, sei ein verbindliches Einladungs-wesen, um eine Teilnahme aller Kinder im Alter zwischen drei und 64 Monaten an den Vorsorgeuntersuchungen zu erreichen. Eltern sollen auf die bestehenden Angebote zunächst per Brief hingewiesen werden. Erfolgt keine Reaktion, sollen Mitarbeiter der Gesundheitsämter die Familien zum Gespräch aufsuchen. Eine Pflicht zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen soll wegen verfassungsrechtlicher Risiken nicht eingeführt werden, erläuterte die Jugendpolitikerin Sandra Scheeres.

**Bestandsgarantie für das Parlament der Bäume.** Die SPD-Fraktion hat einen weiteren Vorstoß unternommen, um das „Parlament der Bäume“ in seiner einzigartigen Bedeutung für Berlin und seine Geschichte zu bewahren. Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Brigitte Lange, wies darauf hin, dass sich Berlin schon lange um eine Sicherung des Ortes bemühe. Wegen seiner besonderen Qualität als Gedenk- und Erinnerungsstätte sei er bereits in das Gedenkstättenkonzept Berliner Mauer des Senats aufgenommen worden. Das künstlerische Ensemble, mit dessen Aufbau der Berliner Künstler Ben Wagin 1990 begonnen hat, befindet sich auf einem Stück ehemaligen Grenzstreifens der Berliner Mauer. Auf Granitplatten sind die Namen von 258 Mauertoten genannt. Nur durch die Anlage des Parlaments der Bäume wurde die Authentizität des historischen Ortes erhalten, gleichzeitig in einer künstlerischen Weise interpretiert.

Brigitte Lange: „Bis heute bleibt ein Problem: Das Grundstück, auf dem das Parlament der Bäume errichtet wurde, befindet sich in Besitz des Bundes. Im Regierungsviertel an exponierter Stelle zwischen Marie-Elisabeth-Lüders-Haus und dem Gebäude der Bundespressekonferenz, an der Adelle-Schreiber-Krieger-Straße Ecke Schiffbauerdamm gelegen, wurde es zudem zum Bau des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses bereits verkleinert. Bis heute will sich der Bund die Option für anderweitige Planungen auf dem Grundstück offenhalten. Die Bestandsgarantie für das Parlament der Bäume gilt daher nur befristet. Vor diesem Hintergrund fordert die SPD-Fraktion endlich ein klares Bekenntnis zum Parlament der Bäume und einen Verzicht auf weitere Planungen an diesem Ort.“

uh/tm □



Jan Wiesbock.



Peer Schölzel.

Fotos: Schröder

SPE:

# Europäische Gemeinsamkeiten stärken

Björn Hacker: Ausblick auf den Kongress der europäischen Sozialdemokratie

Zweimal innerhalb einer fünfjährigen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments tagt der Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) mit entsandten Delegierten aus allen europäischen Mitgliedsparteien um die politischen Leitlinien der Parteifamilie festzulegen. Auf dem anstehenden Kongress am 7. und 8. Dezember 2009 in Prag wird die SPD Berlin vom stellvertretenden Vorsitzenden des Fachausschusses EU-Angelegenheiten Björn Hacker vertreten. Hier stellt er die vom Fachausschuss entwickelten Forderungen vor, die er mit nach Prag nimmt.

Trotz einer Zeit, in der das Ende des Neoliberalismus als vorherrschendes ökonomisches und politisches Leitbild durch die Ausmaße der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits eingeläutet ist, profitiert die Sozialdemokratie hiervon bislang nicht. Die Europawahl im Juni 2009 brachte der SPE im Europäischen Parlament einen herben Verlust an Sitzen ein.

Der Kongress der SPE in Prag trägt die Verantwortung, dass sich die sozialdemokratischen Forderungen an ein politisches und demokratischeres Europa in der inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung der Parteifamilie widerspiegeln. Die vorliegenden Resolutionsentwürfe wollen folgerichtig zum einen das inhaltliche Profil der SPE schärfen und die thematischen Prioritäten für die nächsten fünf Jahre bestimmen. Dabei werden genannt die Erneuerung des europäischen Wachstumsmodells mit einer stärkeren Ausrichtung auf Nachhaltigkeit, die Reform der Finanzmärkte, der Kampf gegen den Klimawandel und die Sicherung grüner Energien, die Etablierung des sozialen Europas sowie die Gestaltung der Globalisierung. Zum anderen werden die Gründe für die geringe Zustimmung zur Sozialdemokratie in ganz Europa analysiert und strukturelle Veränderungen für eine bessere Aufstellung der SPE vorgeschlagen. Wichtige Forderungen sind hier die verbesserte Koordinierung zwischen den Mitgliedsparteien, die Anerkennung der Rolle der SPE-Aktivisten in den Statuten der SPE sowie die Verpflichtung zur Nominierung einer gemeinsamen Kandidatin bzw. eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten im nächsten Europawahlkampf. An einzelnen Stellen ist eine Konkretisierung der Aussagen notwendig, womit sich der FA Europa befasst hat:

1. Die geforderte neue Zehnjahres-



Björn Hacker.

Foto: privat

strategie zur Ablösung der Lissabon-Agenda kann nicht auskommen ohne ein generelles Bekenntnis zur Gleichgewichtigkeit von Wirtschaftswachstum, sozialer Sicherheit und ökologischer Verantwortung als Ziele europäischer Politik. Eine vertiefte politische Koordinierung muss dies entsprechend abbilden und Dumpingprozessen in den Bereichen Löhnen, Steuern und Sozialausgaben aktiv entgegenzutreten. Die SPE sollte daher gemeinsame steuerliche Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätzen zumindest für Unternehmenssteuern ebenso in ihr Programm aufnehmen, wie Mindestlöhne, die sich am ökonomischen Entwicklungsstand jedes einzelnen Mitgliedslandes der EU orientieren. In einem Europäischen Sozialen Stabilitätspakt, der auch symbolisch die Gleichrangigkeit ökonomischer und sozialer Integration hervorhebt, sollen nationale Sozial- und Bildungsausgaben mit positivem Wirtschaftswachstum verknüpft werden. Die Ausweitung der Arbeitnehmerrechte ist als Vorbedingung für nachhaltiges und qualitativ hochwertiges Wirtschaften unerlässlich.

2. Der Vorschlag einer europäischen Finanztransaktionssteuer ist eine herausragende Initiative, mit der die Finanzbranche als Verursacher der aktuellen Krise zur Lastenteilung herangezogen würde. Doch ist sie weiter zu konkretisieren. Sie sollte auf alle börslich und außerbörslich gehandelten Finanzprodukte erhoben werden und 0,1% des Transaktionsvolumens ausmachen. Damit sie auch auf Derivate und andere abgeleitete Finanzprodukte erhoben werden kann, besteht die Notwendigkeit zur Einrichtung einer europäischen Clearingplattform.

3. Der Abschnitt zum sozialen Euro-

pa bleibt unscharf im Resolutionsentwurf. Als Ziel der SPE ist die Etablierung einer Europäischen Sozialunion anzustreben, mit der eine neue Balance zwischen ökonomischer und sozialer Integration erreicht wird. Dazu gehört die Garantie, dass die Achtung sozialer Grund- und Arbeitnehmerrechte die gleiche Priorität besitzt wie die Durchsetzung der vier Binnenmarktfreiheiten. Neben dem Europäischen Sozialen Stabilitätspakt ist eine soziale Fortschrittsklausel in jedem Gesetzesvorhaben zu verankern und die Selbstverpflichtung aller Mitgliedstaaten zur Förderung von „guter Arbeit“ voranzutreiben. „Gute Arbeit“ achtet das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit überall in der EU, steht für Mindestlöhne und fördert die Arbeitnehmermitbestimmung und das Tarifvertragsrecht zur Stärkung der europäischen Wirtschaftsdemokratie.

4. Die organisatorische Stärkung der SPE als Partei aller europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird nur gelingen, wenn die Hinderungsgründe eines kollektiven Auftretens analysiert werden. Die Mitgliedsparteien der SPE müssen sich intensiv austauschen über die Vor- und Nachteile verschiedener Formen des Kapitalismus und der Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa sowie über differente inhaltliche Arbeitsschwerpunkte, Mitgliederstrukturen und historische Vermächtnisse ihrer Organisationen. Ziel eines solchen Prozesses soll die Identifizierung gemeinsamer Grundsätze und Überzeugungen in verschiedenen Politikfeldern sein. An seinem Ende könnte das erste Grundsatzprogramm einer europäischen Parteifamilie stehen, das eine sozialdemokratische Vision für die Zukunft der europäischen Integration enthält. Die SPE sollte hierfür einen europaweiten Konvent einrichten, in den Mitglieder aller Gremien innerhalb der Parteifamilie entsandt werden.

5. Im nächsten Europawahlkampf ist ein einheitlicheres Auftreten der sozialdemokratischen Parteien unter dem Dach der SPE nicht nur durch die Nominierung einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten und die Entwicklung eines SPE-Wahlmanifestes sicher zu stellen. In der Wahlkampagne ist darüber hinaus Wert darauf zu legen, dass sich die im Wahlmanifest formulierte gemeinsame Programmatik im Sinne einheitlicher Programmbausteine auch wörtlich in den jeweiligen nationalen Wahlprogrammen der Mitgliedsparteien wiederfindet.

Björn Hacker □

Petra Merkel:

# Für eine seriöse Finanzpolitik sorgen

Schwarz-gelb betreibt Klientelpolitik für wenige - bezahlen müssen viele

**Der Haushaltsausschuss gehört zu den „mächtigsten“ parlamentarischen Gremien, weil dort die Kontrolle der Etats der einzelnen Ministerien stattfindet. Der Vorsitz steht nach parlamentarischem Brauch der Opposition zu. Am 25. November habe ich auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion den Vorsitz des Haushaltsausschusses übernommen. Übrigens zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik führt damit eine Frau den Vorsitz dieses Ausschusses. Darüber freue ich mich, schade aber auch, dass das noch immer eine Nachricht ist!**

Die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei, sich als stärkste Oppositionsfraktion auf die neue parlamentarische Rolle einzustellen. Als Vorsitzende des Haushaltsausschusses werden meine Kolleginnen und Kollegen und ich der neuen Regierung „auf die Finger“ schauen. Die Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden und erfordert eine seriöse Haushaltspolitik. Daran wird sich der von der schwarz-gelben Regierung vorzulegende Haushalt 2010 messen lassen müssen. Das bedeutet: Überprüfung der Ausgaben, aber auch der Einnahmen. Überprüfung der Auswirkungen auf zukunftsfeste Arbeitsplätze. Und nicht zuletzt auch eine Überprüfung der Auswirkungen auf eine solidarische Gesellschaft. Denn mit dem Haushalt wird Politik gestaltet.

Schon die ersten Entscheidungen von Schwarz-Gelb zeigen deutlich, woher der Wind weht. Klientelpolitik für einige Wenige, die die Mehrheit bezahlen muss. Steuer-senkungen auf Pump, die Schulden ohne Ende bedeuten. Einstieg in die Zwei-Klassen-Gesundheitspolitik und Ausstieg aus dem Solidarsystem. Viele erkennen jetzt erst, dass Schwarz-Gelb eine Politik macht, die unsere Gesellschaft spaltet. Es setzt sich fort mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Die Folge wird sein, dass Familien mit hohem Einkommen mehr davon profitieren als Familien mit niedrigem Einkommen oder ALG II-Bezieher/innen. Die mühsam über Jahrzehnte von der SPD durchgesetzten Bildungsangebote für alle Kinder in Krippe und Kindergarten werden durch das Betreuungsgeld zunichte gemacht.

Die finanziellen Auswirkungen der ersten Aktionen von Schwarz-Gelb sind verheerend: Nach den bisher gefällten Beschlüssen der Koalition werden dem Staat bis 2013 Einnahmen von fast 70 Milliarden Euro fehlen; die öffentliche Gesamtver-



Petra Merkel bei der konstituierenden Sitzung des Haushaltsausschusses.

Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/AchimMelde

schuldung wird von 1,5 Billionen auf 2,1 Billionen Euro und die Zinsbelastung für Bund, Länder und Gemeinden um 20 Milliarden Euro auf mehr als 85 Milliarden Euro steigen. Diese fehlenden Milliarden werden drastische Einschnitte beispielsweise bei den Kommunen zur Folge haben. Im Klartext heißt das: Einsparungen bei der Ausstattung von Schulen und Kindergärten, von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, von Theatern und Kultureinrichtungen oder bei Investitionen im Öffentlichen Personennahverkehr. Dies wird insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen treffen. Denn die Kommunen haben in der Regel kaum eine andere Wahl, als die wegbrechenden Einnahmen durch erhöhte Gebühren auszugleichen.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage Steuergeschenke zu verteilen ist verantwortungslos. Sorgfältig ausgesuchte Klientelgruppen werden bedient - so mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotels oder Subventionen für die Landwirtschaft ohne nachhaltige Perspektive. Geringverdiener, Arbeitslose, Alleinerziehende gehen bei einer solchen Politik in die Knie, gleichzeitig steigt bei den von Schwarz-Gelb Begünstigten die Sparquote! Selbst der Sachverständigenrat kritisierte die neue Regierung in seinem Jahresgutachten 2009/2010 mit dem treffenden Titel „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“.

Die neue Regierung hat Entlastungen von 21 Milliarden Euro angekündigt - davon gehen allerdings 14 Milliarden Euro auf Beschlüsse der Großen Koalition zurück! Bis Herbst 2009 wurden von der Großen Koalition Konjunkturprogramme und Entlastungen beschlossen - zum Beispiel die Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 14

Prozent, die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 8.004 Euro, die verbesserte Steuerabzugsmöglichkeit von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung (nötig nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Diese Steueränderungen sollen zur Konjunkturbelebung beitragen und ihre volle Wirkung erst im kommenden Jahr entfalten.

Schwarz-Gelb als „Dream-Team“ wird schon beim Regierungsstart zum Alptraum-Team. Permanente Streitereien zwischen den Koalitionspartnern, angedrohte Vetos der Länder gegen die geplanten Steuergeschenke, die Querelen um die Personale Steinbach und nun der Rücktritt des ehemaligen Verteidigungsministers, nachdem er Informationen über die Bombardierung von Zivilisten zwar frei gegeben, aber nicht gelesen hatte. Erstaunlich, dass viel zu wenig in der Presse auf den Zusammenhang der Verschleierung von Informationen und dem Bundestagswahlkampf hingewiesen wird.

Schon die ersten Wochen der 17. Wahlperiode zeigen deutlich, wie wichtig eine starke Sozialdemokratie für Deutschland ist. Über 3000 Menschen sind nach der Bundestagswahl am 27. September bereits in die SPD eingetreten. Lasst uns alle dafür sorgen, dass „die Neuen“ ihren Platz in der SPD finden.

Lasst uns auf allen Ebenen auf Verbände, Vereine, Bürgerinnen und Bürgern zugehen, der Blick nach Innen darf nicht den dringend notwendigen Dialog und die Offenheit nach außen verstellen. Da wo das Leben ist! Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie, heute mehr denn je!

Petra Merkel □

Arbeitnehmerdatenschutz:

## Die Ausforschung verbieten

Die FDP, die noch in der letzten Wahlperiode ein eigenständiges und umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz gefordert hat, ist umgefallen: CDU/CSU und FDP wollen laut Koalitionsvertrag kein eigenständiges Gesetz, sondern den Arbeitnehmerdatenschutz lediglich in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ergänzen. Das ist eine klare Absage an ein umfassendes Regelungskonzept, wie es die SPD-Bundestagsfraktion jetzt vorgelegt hat.

Die Datensandale z. B. bei der Deutschen Bahn und die Überwachung von Beschäftigten bei Lidl und der Telekom haben deutlich gemacht, dass es notwendig ist, den Datenschutz der Beschäftigten eindeutig zu regeln. Die bisherigen Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz sind weit gestreut und unübersichtlich. Deshalb hat die Fraktion nach langer Befassung mit dem Thema ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz vorgelegt.

Ziel ist es, Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und Transparenz herzustellen sowie Regelungslücken zu schließen. Das gilt insbesondere bei der Videoüberwachung, der Überwachung von E-Mails, der Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, beim Detektiveinsatz gegenüber Beschäftigten und beim Informantenschutz. Darüber hinaus sieht der SPD-Entwurf Regelungen für die „erzwungene“ freiwillige Einwilligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in umfassende Erhebungen und Verarbeitung von Daten durch Arbeitgeber vor. Dies gilt insbesondere im Bereich der Gesundheitsinformationen, für die heimlichen Überwachungen durch den Arbeitgeber und für das Gebot der Datenvermeidung sowie der Datenminimierung durch den Arbeitgeber. Die Bundestagsfraktion will wirksame Sanktionsmöglichkeiten im Fall von Verstößen. Es sollen klare Grenzen für die betriebliche Praxis gezogen werden.

Erstmals werden die Grenzen des Fragerechts des Arbeitgebers klar definiert. Dazu gehören Fragen nach der Religion, der sexuellen Identität, der politischen Einstellung oder gewerkschaftlichen Betätigung. Bei Dritten darf der Arbeitgeber Auskünfte über einen Bewerber nur mit dessen Einwilligung einholen. Gesundheitliche Untersuchungen sind im Einstellungsverfahren nur noch unter klar benannten Voraussetzungen möglich. Fragen des Arbeitgebers nach Diagnosen und Befunden gesundheitlicher Untersuchungen des Beschäftigten sind grundsätzlich unzulässig.

BS □

Mechthild Rawert:

# SPD bestimmt das Tempo

## Politische Gestaltung in der Opposition

Bereits in der ersten Sitzungswoche hat die SPD wichtige Themen auf die Agenda gesetzt: Unsere Gesetzentwürfe zur Verlängerung des Altersteilzeitgesetzes und zur Änderung des Aufenthaltsrechts, unser Antrag zur Stärkung der Kinderrechte durch die volle Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention. Miserabel war dagegen der Auftritt der schwarz-gelben Bundesregierung und insbesondere von Ex-Verteidigungsminister Jung, der wegen der Vertuschung von Informationen zum Tod von 142 Menschen bei der Bombardierung von zwei Tanklastzügen in Afghanistan zurücktreten musste.

Auf dem Parteitag in Dresden haben wir uns darauf verständigt, dass wir ein nachhaltiges Politikkonzept brauchen, das wirtschaftliche Leistung, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammenbringt. Als linke Volkspartei wollen wir die Deutungshoheit in der Bevölkerung erringen. Dieses Ziel bestimmt auch den politischen Alltag von uns SPD-Bundestagsabgeordneten: Wir alle werden unseren Teil leisten, damit die SPD-Fraktion eine überzeugende Gegenmacht zur Regierung bildet. Es gibt kein Tabu bei der Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsparteien. Aber auch auf dieser Ebene werden wir politische Auseinandersetzungen führen. In der Fraktion beraten wir gerade noch über unsere Form der Neuaufstellung. Zu meinem Bedauern müssen ja auch viele MitarbeiterInnen ausscheiden.

**Solidarische Gesundheitspolitik.** CDU und FDP wollen die Gesundheitspolitik so umsteuern, dass überwiegend ArbeitnehmerInnen die Kostensteigerungen des medizinischen Fortschritts tragen. Das benachteiligt ganz besonders Frauen und vor allem Alleinerziehende. Verwerflich finde ich das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages in der Gesundheitsversicherung. Hiermit wird ebenso wie mit der Regionalisierung der Beitragseinnahmen das Solidarprinzip aufgekündigt. Für eine flächendeckende stationäre Versorgung im Krankenhausbereich werde ich ebenso kämpfen wie für eine Förderung der Prävention und eine Stärkung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Berlin ist Gesundheitsstadt und die Gesundheitswirtschaft von herausragender Bedeutung. Gesundheitspolitik ist zunehmend europäisch zu bearbeiten. Mein Fokus liegt auch zukünftig auf einer geschlechter- und kultursensiblen Gesundheits- und Pflegepolitik, um der sich weiter verändernden Bevölkerungszusammen-



Mechthild Rawert.

Foto: privat

setzung in der Metropole Berlin auch gerecht zu werden. Hinzu kommen die erheblich unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, die sich wiederum auf Gesundheit und Krankheit auswirken.

Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur in der Gesundheitspolitik mein Schwerpunkt. Die SPD-Bundestagsfraktion steht in der Verpflichtung, einen Aktionsplan „Gleichstellung JETZT“ vorzulegen. Nur so wird sie für Frauen in jedweder Lebenssituation wieder wählbar sein. Wir wollen hierzu eine fraktionsinterne Querschnitts-arbeitsgruppe einrichten.

**Integration verwirklichen.** Noch im Dezember wird sich die fraktionsinterne Querschnitts-arbeitsgruppe Migration/Integration gründen. Meine Mitarbeit ist gewiss. Diese AG will gesellschaftspolitische Debatten aufgreifen. Die Optionspflicht für junge Erwachsene ist ein Integrationshindernis und gehört abgeschafft. Ein Schwerpunkt muss das Thema Mehrfachdiskriminierung werden. Häufig haben wir es in der Praxis mit individueller Diskriminierung und Gefährdung, mit dem Kampf gegen Rassismus zu tun. Als Gesundheitspolitikerin setze ich mich weiter für den notwendigen Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen „sans papier“ ein. Aber auch grausame Tatbestände wie die menschenrechtsverachtende Genitalverstümmelung gilt es zu thematisieren.

Als Parlamentarierin werde ich meine „Nervenenden“ in die Gesellschaft hinein weiterhin sensibel halten und gewonnene Erfahrungen im Parlament einbringen: Hierzu gehört auch die Verwirklichung unserer Forderungen nach Diversity, der Kampf gegen Homophobie, die Anerkennung der sexuellen Identität und die Gleichstellung der Regenbogenfamilien. Wir werden uns als starke linke Volkspartei in der Opposition positionieren - das ist gewiss.

Mechthild Rawert □

Björn Böhning &amp; Cordula Drautz

# Sicherheit, Verlässlichkeit, Offenheit

## Impulse für ein neues Jahrzehnt sozialdemokratischer Politik in Berlin

In Berlin hat die SPD an Zustimmung verloren. Bisher konnte jedoch keine andere politische Kraft Mehrheiten erringen. Während die CDU nach wie vor mit sich selbst beschäftigt ist, verharren Grüne und Linkspartei in ihrem Klientel. Gesamtverantwortung für ganz Berlin ist nach wie vor eine Domäne der SPD. Dennoch müssen wir uns der Frage stellen, ob die SPD noch die Deutungshoheit über stadtrelevante Themen innehat. Diese Frage können wir als SPD nach dem Berliner Bundestagswahlergebnis nicht uneingeschränkt mit „Ja“ beantworten.

Wir gewinnen in Berlin Deutungshoheit dadurch zurück, dass wir als Kraft, die Sicherheit bietet, wahrgenommen werden. Sicherheit dort, wo Menschen einen Arbeitsplatz suchen, oder ihren gesichert wissen wollen. Sicherheit dort, wo sie vor sozialem Abstieg geschützt werden wollen. Sicherheit dort, wo sie Aufstieghoffnungen erfüllt sehen wollen. Und Sicherheit auch dort, wo sie keine Sorge haben müssen, dass ihr Eigentum aus fadenscheinigen Gründen zerstört wird.

Sicherheit bedarf aber auch der Verlässlichkeit und Offenheit. Die Menschen müssen sich sicher sein, dass die SPD die verlässliche Ansprechpartnerin für die Themen der Stadt ist. Dabei muss stets zwischen dem Einzelinteresse und der Gesamtverantwortung abgewogen werden. Die SPD muss die Partei bleiben, die Gesamtverantwortung für Berlin trägt, nicht nur für die einzelnen Bezirke oder Kieze, nicht nur für einzelne Klientels. Denn im Gegensatz zu allen anderen Parteien wird der SPD ein hohes Maß an Lösungskompetenz nicht nur zugetraut, sondern auch abverlangt. Die SPD gewinnt dabei nicht durch eine Summe ihrer Einzelthemen oder Spiegelstriche, sondern nur durch ein Gesamtprofil.

### SICHERHEIT DURCH ARBEIT

**Die SPD muss die Partei der Zukunftsindustrien sein.** Seit jeher ist es das zentrale Versprechen der SPD, wirtschaftlich-technischen Fortschritt mit sozialem Ausgleich und ökologischer Verantwortung zu verbinden. Die Reformansätze der SPD müssen sich daran orientieren, wie neue Wirtschaftskraft geschaffen und dieser zum sozialen Fortschritt genutzt werden kann.

Die SPD als Regierungspartei hat eine Gestaltungsaufgabe, und diese Gestal-



Cordula Drautz (28) ist Mitglied des SPD-Landesvorstandes. Björn Böhning (31) ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und war Bundestagskandidat im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost. Beide leben in Kreuzberg.

tungsaufgabe lautet: Wohlstand, gute Arbeit und produktive Wertschöpfung im Strukturwandel schaffen.

Die großen Herausforderungen Berlins, sozialer Zusammenhalt, solide Finanzen, Unabhängigkeit von anderen Ebenen, Abbau der Arbeitslosigkeit können nur gelingen, wenn Berlin wirtschaftlich stark wird. Daher sollte die SPD sich eine neue Industrialisierung der Stadt als Leuchtturmprojekt vornehmen.

Und dies vor allem aus Gerechtigkeitsgründen: Denn soziale Polarisierung in Berlin führt zu räumlicher Polarisierung. Und aus vielen Regionalstudien wissen wir: Wo die Industrie stark ist, ist die soziale Polarisierung schwach. Wenn also die Berliner Industrie wächst und neue Arbeitsplätze schafft, wird Berlin im Ganzen gewinnen.

Unser Ziel muss es sein, ein Profil für Zukunftsindustrien zu entwickeln, das erkennbar macht, dass in Berlin Industrieprodukte für das postfossile Zeitalter entwickelt und produziert werden. Berlin will wachstumsstärkste Stadt in Deutschland werden. Neue industrielle Arbeitsplätze schaffen Mehrwert für alle: Durch den Zuwachs an Wertschöpfung in Berlin werden auch Gering- und Mittelqualifizierte die Chance auf Arbeit erhalten.

### SICHERHEIT DURCH INTEGRATION

**Die SPD muss die Integrationspartei sein.** Die Integration in Erwerbsarbeit,

gute Arbeit - nicht nur, aber gerade auch im industriellen Sektor - ist die beste Vorsorge gegen Ausgrenzung und Armut. Kinderarmut ist genauso Ergebnis mangelnder Integration in Erwerbsarbeit wie Altersarmut. Daher hat für uns die Integration in Arbeit und die Hinwirkung auf eine Beschäftigungsfähigkeit gerade junger Menschen Priorität. 48 Prozent der unter 18jährigen Berlinerinnen und Berliner haben einen Migrationshintergrund. Davon haben 40 Prozent keinen Schulabschluss. Das bedeutet, dass in zehn Jahren die Generation der 30jährigen BerlinerInnen zu 25% keinen Schulabschluss haben könnte und auf dem Arbeitsmarkt abgehängt wäre.

Diese fundamentale Herausforderung zu lösen, ist die sozialdemokratische Gestaltungsaufgabe in Berlin. Dabei gilt es, das Prinzip fördern und fordern in Einklang zu bringen. Unser Prinzip des Förderns gewährt jedem jungen Menschen die zweite oder auch dritte und vierte Chance. Wir wollen alles dafür tun, dass junge Menschen egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund sozialen Aufstieg erfahren können. Unser Prinzip des Forderns setzt dort an, wo Bildungsorientierung verloren gegangen ist. Wir wollen junge Menschen ermutigen, aus ihrem Leben etwas zu machen, und es einmal besser als ihre Eltern haben zu wollen.

Gleichzeitig haben aufstiegsorientierte Eltern angesichts der zweiten großen Schulstrukturreform innerhalb weniger

**Fortsetzung Seite 14**

**Fortsetzung von Seite 13**

Jahre offenbar Angst um die Bildungschancen ihrer Kinder, falls es nicht genug „Gymnasialplätze“ gibt.

Die Sekundarschule als Schulform in der alle gemeinsam lernen, wird anders als bspw. in Skandinavien nicht als selbstverständlich oder positiv wahrgenommen, sondern als Schule zweiter Klasse. Dieser Sorge müssen wir entgegentreten, ohne zugleich die Verbesserung der Aufstiegschancen der klassischen arbeitnehmerischen Milieus zu konterkarieren. Denn die Sekundarschule ist die Schule, in der wir deren Aufstiegsillusion in eine -hoffnung umkehren wollen.

Wir brauchen dafür konkrete und greifbare bildungspolitische Ziele, statt lediglich über „Schulstrukturen“ unserer Bildungspolitik ihren Ausdruck zu verleihen.

**Die frühkindliche Bildung wird ausgebaut.** Unser Ziel ist es daher, der frühen Lebensphase in der Bildung mehr Bedeutung zuzumessen als bisher. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft so früh wie möglich individuell gefördert werden. Mit den vom Berliner Senat ausweiteten Anstrengungen zur Verbesserung der Situation in den Kitas und Krippen ist Berlin bald Spitzenreiter bei der frühkindlichen Bildung. Diesen Weg gilt es nicht nur konsequent zu beschreiten, sondern auch offensiv zu kommunizieren.

Wir plädieren dafür, der beruflichen Ausbildung junger Menschen wieder eine stärkere Beachtung zu schenken. Gerade für Sozialdemokraten darf die Berufsschule bei ihren bildungspolitischen Anstrengungen nicht stiefmütterlich behandelt werden. Im Gegenteil: Wir müssen den jungen Menschen etwas bieten, die auf der Suche nach exzellenter akademischer und beruflicher Bildung und attraktiven Arbeitsbedingungen sind. Denn unserer Stadt fehlen Fachkräfte.

Daher sollte nach den beiden Schulreformen und des Ausbaus der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung die Modernisierung der Berufsausbildung in den Blick genommen werden. Denn für den größten Teil der Berlinerinnen und Berliner entscheidet sich Aufstieg heute immer noch nicht in der Universität, sondern in den Betrieben und Berufsschulen. Wir bauen bei diesem „Aufstiegsprogramm berufliche Bildung“ auf eine Stärkung der berufsschulischen Bildung.

SICHERHEIT IM URBANEN  
LEBENSUMFELD

**Die SPD muss die Partei der Mieterinnen und Mieter sein.** Auch in Berlin spüren wir Folgen der Globalisierung. Es gibt Tendenzen des Auseinanderdriftens

von Stadtteilen und von sozialer Spaltung. In Berlin werden die reichen Wohnquartiere reicher, während sich die Sozialindikatoren der 38 ärmsten Straßenzüge oder „Verkehrszellen“ weiter verschlechtern (Studie der Humboldt-Universität).

**Demografischer Wandel in Berlin.** Neben sozialer Spaltung erleben wir den demografischen Wandel Berlins. 2030 wird knapp ein Viertel der Berlinerinnen und Berliner älter als 65 Jahre sein. Zugleich wird die Stadtgesellschaft internationaler, da bereits heute über 40 Prozent der 6- bis 15-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Es ist auch davon auszugehen, dass die Vielfalt der Lebensstile und Haushaltsformen zunimmt. Berlin ist eine außerordentlich attraktive Metropole, junge Menschen aus aller Welt kommen hierher, um hier zu leben. Eine der ganz großen wichtigen Aufgaben sozialdemokratischer Stadtpolitik ist es, diese jungen Menschen an die Stadt zu binden.

Deshalb ist eine Politik für bezahlbare Mieten Zukunftspolitik für Berlin. Es ist zwar richtig, dass die Realeinkommen in Berlin seit Anfang der 1990er Jahre nicht, und die Mieten lediglich moderat gestiegen sind. Das unterstreicht unsere Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Trotzdem kann eine gefühlte Negativtendenz nicht allein mit sachlichen Argumenten entgegengewirkt werden.

Dabei geht es nicht nur um die Höhe der Mieten im S-Bahn-Ring. Dies wäre eine verengte Sichtweise. Es geht auch um eine nachhaltige Stadtentwicklung. Denn Stillstand in Bau und Stadtentwicklung, um einer möglichen Gentrifizierung zu begegnen, wäre der Kotau vor konservativen Denkweisen der Kiezentwicklung.

Fortschritt bedeutet demgegenüber die neue Buntheit der Stadtbevölkerung zu gestalten. Der demografische Wandel beispielsweise in Berlin ist nicht Wachstum oder Schrumpfen, sondern eine Entwicklung mit vielen Richtungen und unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die Leitidee muss sein, eine positive Dynamik für die Stadtentwicklung zu entfalten, der sozialen Entmischung gerade auch kleinräumig entgegenzuwirken, unterschiedliche Wohnbedürfnisse und Eigentumsformen im gleichen Kiez oder gleichen Haus zu realisieren und gezielt gemeinsam Räume für Jung und Alt zu schaffen, und eine Stadt für alle Generationen zu bauen.

Nachhaltige Stadtentwicklung setzt also ganz bewusst auf die Stärkung und Verschönerung der Kieze und mehr Lebensqualität und Bindungskraft im Wohnumfeld.

AUSSTRAHLUNGSFÄHIGKEIT  
STEIGERN

**Die Berliner SPD muss die Partei des**

**demokratischen Internets sein.** Berlin ist die Hauptstadt der „digital natives“. Umso mehr verwundert, dass die Berliner SPD in der Netzwelt nicht verankert ist. Im Gegenteil: Die Berliner SPD kommt in der „Blogosphäre“ nicht vor. Für eine Partei, die gerade in progressiven, liberalen und aufstiegsorientierten Milieus um Unterstützung bittet, ist dieser Befund dramatisch. Die Bundestagswahl zeigt: Es droht der komplette Verlust des Zugangs zur jüngeren Generation und deren digitalen Lebensgefühls.

Dabei muss sie auch die Lebensrealität der digital natives in den Blick nehmen. Die soziale Sicherheit für Internetarbeiterinnen und Internetarbeiter - häufig Solo-Selbstständige - muss der SPD ein Herzensanliegen sein. Sie muss zwischen der gewünschten Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeit sowie ihrer Sicherheit eine enge inhaltliche Verzahnung finden. Warum entwickelt die SPD in Berlin nicht unter Einbezug der Betroffenen ein Modell zur Alterssicherung von Solo-Selbständigen? Erfahrungen sollten in der digitalen Hauptstadt ausreichend zu finden sein.

**Demokratie.** Demokratie braucht Öffentlichkeit. Doch die Bedingungen für ein vernünftiges öffentliches Gespräch über unser Gemeinwesen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Daran haben Medienkonzentration und Kommerzialisierung ebenso ihren Anteil wie veränderte Mediennutzungsverhalten, mediale Vermittlungsroutinen, medientechnische Revolutionen oder politische Inszenierungsstrategien.

Es ist an der Zeit, auch darüber zu reden, wie wir eigentlich in unserer Demokratie miteinander reden, welche Informationsmöglichkeiten existieren und wo echte inhaltliche Debatten überhaupt noch stattfinden können.

OFFENHEIT UND  
VERLÄSSLICHKEIT

**Unsere Gespräche der Stadtgesellschaft öffnen: Die Hauptstadtkonferenzen.** Wie stellen wir eine stärkere Öffnung zur Gesellschaft sicher? Dies geht nur durch den intensiven Dialog mit Initiativen und Verbänden, mit Wissenschaft und Kultur. Von besonderer Bedeutung ist die enge thematische Verzahnung mit den Gewerkschaften.

Die Idee der Hauptstadtkonferenzen ist richtig. Sie sollten dafür genutzt werden, Debatten zu verbreitern, Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen, Offenheit zu signalisieren. Die Hauptstadtkonferenzen sollten wir nutzen als offene Foren für Kritik, Anregungen und Vorschläge für sozialdemokratische Ideen im neuen Jahrzehnt.

**Cordula Drautz und Björn Böhning** □

Stefan Draeger:

# Den Worten Taten folgen lassen

## Die SPD als Partei der Basis - Mehr Beschäftigung mit den Problemen der Bürger

**Sigmar Gabriel hat den richtigen Ton getroffen mit seiner berührenden Rede auf dem Bundesparteitag in Dresden. Es ist ihm damit auch gelungen, einige Wunden zu heilen, die vorschnelle Reaktionen einzelner Genossen und Parteiverbände gerissen hatten. Nun heißt es anpacken und Sigmar beim Wort zu nehmen und vor allem den vielen Worten Taten folgen zu lassen. Daher ein paar Gedanken über die Lehren, die wir meines Erachtens aus der Wahlschlappe ziehen sollten.**

Schon seit langem fällt auf, dass die Basisarbeit in der SPD offenbar nicht besonders ernst genommen wird und sie auch nicht dem entspricht, was ich mir darunter vorstelle. Den Bürger erreicht man am besten da, wo er sich befindet - also nicht unbedingt auf Parteitag, Pressekonferenzen oder Marktplätzen. Die Bürger erleben die SPD zunächst einmal im täglichen Leben - in Berlin z.B. durch Baumaßnahmen, unterlassene Renovierungen jeder Art, Behörden etc. Damit kommt jeder Bürger mehr oder weniger in Kontakt. Hinzu kommt eine „virtuelle“ Partei, die er in erster Linie durch die Medien erlebt.

Die ureigenste Aufgabe der SPD-Basis ist es nun, dem Bürger zuzuhören, ihm wo immer möglich zu helfen, seine Anliegen bei Behörden und Abgeordneten vorzubringen - sprich: sich seine Sache zu Eigen zu machen. Da krankt es doch in vielen Fällen.

Aktive Basisarbeit im Sinne des Bürgers heißt für mich, dass sowohl das „einfache“ Parteimitglied wie auch die Abgeordneten in Bezirks-, Landes- und Bundesparlamenten Interesse an dem zeigen müssen, was den Bürger interessiert. Die Bundespolitiker erst einmal weniger oder anders, die Landespolitiker sehr viel mehr und die Bezirkspolitiker ganz konkret. Jeder, der etwas bewegen kann, sollte sich aufgerufen fühlen, auch aktiv zu werden. Sigmar hat das „Nervenenden auslegen“ genannt. Hier ein paar Beispiele:

○ Bebauungspläne im Bezirk haben häufig großen Einfluß auf das Leben im Kiez (Geschäfte, Wohnungen, Erholungs- und Sportmöglichkeiten etc.). Ich meine, dass jedes Mitglied der BVV, jeder Stadtrat verpflichtet ist, derartige Pläne offensiv den Bürgern vorzustellen und eventuelle Kritik ernst zu nehmen. Nur wer erklärt, warum er was wie tut, kann mit Verständnis rechnen.

○ Beschwerden oder Anregungen von Bürgern und/oder Gewerbetreibenden im Bezirk müssen ebenso ernst genommen



Stefan Draeger, Abt. 2 (Mitte - Alex)

und aufgegriffen werden (Vermüllung bestimmter Gegenden, Geschäftseinbußen durch wiederholte Straßenbaumaßnahmen, Wartezeiten bei Anträgen für Parkvignetten usw.). Das sind Themen für alle! Auch wenn das nicht in meinen Zuständigkeitsbereich als Stadtrat z.B. fällt, habe ich mich darum zu kümmern! Was glaubt Ihr, wie positiv das ankommt, wenn Beschwerden aufgegriffen werden und der Beschwerdeführer merkt: Hey, die tun ja was! Und wenn das Problem dann noch im Sinne desjenigen gelöst werden kann, ist das ein Einzahlen auf das Vertrauen in die SPD!

○ Die Bürger bei Behördengängen bzw. persönlichen Problemen unterstützen! Sei es bei plötzlichen Mieterhöhungen, sei es bei der Beantragung von Sozialleistungen etc. Ich bin der festen Überzeugung, dass man durch solche Maßnahmen wieder Sympathie für die SPD wecken kann

Fazit: die Abteilung, der Bezirk sollte sich nicht mit den eigenen Problemen beschäftigen, sondern mit denen der Bürger. Und etwas unternehmen, sie zu lösen!

### DIE STRATEGISCHE AUSRICHTUNG DER SPD

Die SPD hat auch Millionen von ehemaligen Wählern an CDU und Grüne verloren. Daher zählt das Argument mit der fehlenden Auseinandersetzung oder gar Annäherung an die Linkspartei nicht - bei CDU und Grünen gibt es diese Auseinandersetzung nicht und trotzdem haben wir Wähler an diese Parteien verloren!

Wenn wir an die grandios gewonnene Bundestagswahl 1998 zurückdenken, dann erinnern wir uns sicherlich daran, dass die SPD damals von der „Neuen Mitte“ gesprochen hat und genau aus diesem Reservoir viele (neue) Wählerstimmen geholt hat. In den Jahren zuvor gab es keine Weiterentwicklung der Politik im Bund, Helmut Kohl hatte abgewirtschaftet und war zu Reformen nicht in der Lage. Das beförderte natürlich die Ausgangslage der SPD. Diese Wähler von damals hat die SPD in zehn Jahren kontinuierlich verloren! Sigmar hat auch von dieser „Mitte“ gesprochen und dazu aufgefordert, wieder die „Deutungshoheit“ über die die Menschen interessierenden Themen zu erlangen.

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist ein Thema, über das sich trefflich streiten läßt. Und das sollte man dann auch mal parteiintern tun. Ich bin hier zwiesgespalten - als Wehrdienstverweigerer bin ich zunächst einmal gegen Kriegsdienst. Auf der anderen Seite sehe ich auch keine andere Möglichkeit, dem afghanischen Volk auf seinem Weg in eine friedliche, selbstbestimmte, ja möglicherweise demokratische Zukunft zu helfen.

Die Bundeswehr ist ja nicht „am Hindukusch“, um mit Waffengewalt für Ruhe zu sorgen - das würde auch nie gelingen. Vielmehr geht es darum, die Strukturen in Afghanistan so aufzubauen bzw. auf den Weg zu bringen, daß dieses geschundene Land sich selbst verwalten und sich selbst gegen Taliban und sonstige Terroristen verteidigen kann. Das wird nicht einfach und wir können uns nicht einfach aus dem Staub machen und das Land sich selbst überlassen. Möglicherweise gibt es noch andere, weitergehende, effizientere Vorgehensweisen, um die definierten Ziele zu erreichen. Diese sollten wir suchen, diskutieren und den Wählern als unsere Antwort auf deren Fragen anbieten.

### BILDUNG BRAUCHT EIN PROGRAMM

Bildung wird von allen Parteien als Priorität für die Zukunft genannt - aber, seien wir ehrlich - ein echtes „Bildungsprogramm“ hat noch keine Partei entwickelt. Auch die SPD nicht. Den Worten müssen Taten folgen. Das wird auf Bundesebene fast nicht möglich sein, da Bildung in die Länderhoheit fällt. Leider, muß man sagen. Der Kompromiß Bildung gegen Kfz-Steuern war ein fauler! Ehrlich wäre es, wenn wir, gerade wir, die SPD, auf unsere Fahnen

**Fortsetzung von Seite 15**

schreiben würden, Bildung in die Bundesverantwortung zu holen. Es ist keinem denkenden Menschen zu vermitteln, warum Kinder und Eltern in jedem Bundesland auf andere Strukturen stoßen, wenn sie umziehen. Ebenso wenig zielführend ist, daß die Ausgaben für Bildung einzelnen Landesregierungen überlassen wird und somit einem Flickenteppich Tür und Tor geöffnet wird. Bildung gehört in die Hand eines starken Bundesbildungsministeriums! Trauen wir uns, auch unbequeme und ungewöhnliche Wege zu gehen!

**DIE „VOLKS“-PARTEI SPD**

Gerne wird die Rolle der SPD als Volkspartei - speziell nach den letzten beiden Wahlen - in Frage gestellt. Sicherlich zum

Teil auch zu Recht - allerdings haben wir es selbst in der Hand, wieder Volkspartei zu werden. Dazu brauchen wir die Mitwirkung vieler (vor allem junger) Bürger, die es bisher als „uncool“ ansahen, überhaupt in einer Partei aktiv zu sein. Es muß uns also gelingen, diese jungen Leute von ihrem iPod zu lösen und ihnen anschaulich zu machen, was sie bewirken können, wenn sie sich bei uns aktiv einbringen. Die „Piratenpartei“ hat gezeigt, wie das gehen kann. Nun sollten wir die nicht auch noch versuchen zu kopieren - laßt uns unseren eigenen Weg suchen und dann gemeinsam gehen. Wir haben genügend interessierte junge Menschen bereits in unseren Reihen, die gewillt sind, ihren Anteil daran zu haben, die SPD wieder zu alter Stärke zu begleiten. Nutzen wir deren Enthusiasmus und deren Einsatzwillen. Gerade in den zurückliegenden Wahlkämpfen war es für

mich erfrischend zu sehen, wie - über alle Maßen hinaus - besonders junge Leute engagiert waren. Die Eintritte neuer Mitglieder in den Wochen nach der Bundestagswahl hat gezeigt, daß da ein großes Potential in unserem Lande schlummert. Wecken wir es und nutzen wir es für ein soziales, engagiertes, modernes Deutschland.

Die SPD kann m.E. erst dann wieder „Volks“-Partei werden, wenn sie große Teile der Bevölkerung anspricht, also nicht nur die Links-Protestler, die Grün-Ökos, die Sozialromantiker - nein, auch den sozialdemokratisch denkenden Selbständigen, den Unternehmer, der seine Mitarbeiter am Erfolg teilhaben läßt, die Menschen, die sich gar nicht auf eine „Richtung“ festlegen lassen wollen, sondern nach ihrem „gesunden Menschenverstand“ entscheiden, welche Partei sie unterstützen.

**Stefan Draeger, Abt. 2 (Mitte - Alex) □**

**Dokumentation****„Angleichung an die Besoldung des Jahres 2004“**

Abgeordnete passen Diäten an - Ankoppelung an durchschnittliche Lohnentwicklung in Berlin

**In einer gemeinsamen Erklärung haben die Fraktionsgeschäftsführer der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien die beabsichtigte Neuregelung der Diäten begründet. Künftig soll sich die Berliner Abgeordnetendiät an festen Bezugsgrößen orientieren. Die Berliner Stimme dokumentiert die Erklärung.**

Die Änderungen des Landesabgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes führen im wesentlichen dazu, dass erstmals seit dem 1. Januar 2001 die Diäten an die im Gesetz genannte Bezugsgröße angepasst und sie dadurch ab dem 1.1.2010 auf den Betrag einer halben Beamten-Besoldungsgruppe B4 (ohne Familienzuschlag) festgelegt werden (3.233 € im Monat). Der seit 2000 durch unterlassene Anpassungen an die Beamtenbesoldung aufgelaufene Rückstand bei der Bezahlung der Abgeordneten im Verhältnis zur Bezugsgröße betrug 9,6% und reihte sich damit auch in die Absenkung der Bezahlung der Angestellten des Landes Berlin ein, die ebenfalls zum Jahresende ausläuft.

Das bisherige aufwendige Verfahren, jährlich eine Empfehlung der Diätenkommission einzuholen, und jeweils auf dieser Basis die Frage einer Erhöhung zu diskutieren, wird abgeschafft. Dafür wird die seit 1996 im Gesetz stehende Regelung automatisiert, die eine Orientierung der Diäten an der Hälfte der Grundbesoldung eines Beamten der Besoldungsgruppe B 4 (Stadtrat) vorsieht und nun bei einer Erhöhung der Beamtenbesoldung auch für die Abgeordneten gilt. Diese Regelung gilt bis zum



Abgeordnetenhaus von Berlin. Foto: Fraktion

Ende dieser Wahlperiode. Ab der 17. Wahlperiode übernimmt das Abgeordnetenhaus die bewährte Regelung anderer Parlamente, die eine Anpassung nach einem vom Statistischen Landesamt berechneten Durchschnitt der Lohnentwicklung des jeweiligen Landes vorsieht.

Die jetzt vorgesehene Anpassung hebt die Entschädigung der Abgeordneten auf die Höhe dessen, was Beamte der Besoldungsgruppe B4 seit 2004 erhalten. Die Abgeordneten haben also nicht nur auf Erhöhungen verzichtet, sondern faktisch seit 2004 abgesenkte Diäten von mehr als 9 % gegenüber dem Bezugswert erhalten. Insofern ist es konsequent, nach Auslaufen des Solidarpakts im öffentlichen Dienst und der Anhebung der Gehälter auf die tarifvertraglich vereinbarte Höhe auch die Entschädigung der Abgeordneten auf die gesetzlich vorgesehene Höhe anzuheben.

Um zukünftig die Veränderung der Diä-

ten an die allgemeine Einkommensentwicklung zu koppeln, wird ab der nächsten Legislaturperiode, so wie in vielen anderen Bundesländern, ein Verfahren festgelegt, nach dem jeweils zu Beginn eines Jahres eine Anpassung entsprechend der Einkommensentwicklung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen erfolgt. Dies kann, wie in Brandenburg bereits geschehen, auch zu einer Senkung der Diäten führen. Ziel ist es, sich an den Durchschnitt der Berliner Lohnentwicklung zu koppeln.

Innerhalb der ersten sechs Monate einer Wahlperiode muss das Abgeordnetenhaus diese Regelung beschließen. Auf Grundlage eines Berichtes des Statistischen Landesamtes nimmt dann der Präsident jährlich anhand der durchschnittlichen Einkommensentwicklung der Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Erhöhung oder Absenkung der Diäten vor. Die Summe wird im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht und gilt dann automatisch. Die Höhe der Kostenpauschale wird weiterhin vom Präsidenten, orientiert am Verbraucherpreisindex für Berlin, festgesetzt.

Entsprechend wird bei den Ausstattungsgeldern der Fraktionen, etwa für Personal, entschieden. Es soll nicht mehr eine eigene Kommission nach Anhörung der Fraktionen einen Vorschlag unterbreiten, sondern es werden vorhandene Indices, vor allem die des Bundestagspräsidenten und des Statistischen Landesamtes, als Richtschnur genommen. Ziel ist eine objektive Anpassung an die Gehalts- und Preissteigerungen. **PM □**



Finanzpolitik:

# Tafelsilber oder Kochgeschirr?

Dr. Hans Willi Weizen: Sieben Thesen zur Debatte über den kommunalen Sektor

**Sollte man die als „Tafelsilber“ verkauften kommunalen Unternehmen als notwendiges „Kochgeschirr“ wieder zurückerwerben? Was kann die Stadt für den Erhalt starker öffentlicher Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge tun? Dr. Hans Willi Weizen, Autor mehrerer Bücher zur Finanzlage Berlins, regt mit sieben Thesen die überfällige Debatte um die Zukunft des kommunalen Sektors an.**

**1.** Als mit der Mauer auch die zentralverwalteten Wirtschaften in Europas Osten verschwanden, begannen die Jahre des marktgläubigen Geschwätzes. Leider blieb es nicht beim Geschwätz. Der Einfluß des Staates wurde geschwächt, nicht nur auf den Finanzmarkt, dessen Krise bei halbwegs funktionierender staatlicher Kontrolle so kaum möglich gewesen wäre. Zugleich wurde staatliches Eigentum verscheuert, um aus den Erlösen zusätzlich zu den immer neuen Schulden noch mehr laufende Ausgaben aus einmaligen Einnahmen finanzieren zu können. In Berlin kam der rasche Wegfall der Bundeshilfe nach dem Dritten Überleitungsgesetz mit den neuen Lasten durch den Aufbau Ost und anderem zusammen. Die erste schwarz-rote Koalition flüchtete in Schulden und begann mit dem Verkauf von städtischem Eigentum, und zwar nicht nur von Tafelsilber. Die zweite mußte verstärkt verkaufen, um überhaupt zahlungsfähig zu bleiben.

**2.** Nachdem das berlinfeindliche Karlsruher Urteil die massiven Ausgabenkürzungen Berlins ignorierte und mit atemberaubender Rabulistik dessen extreme Haushaltsnotlage leugnete, war verständlich, daß der Konsolidierungskurs, wie das Entstehen der Notlage natürlich unbemerkt von der lokalen veröffentlichten Meinung, gelockert wurde. Seitdem wir in der von den Bankspekulanten ausgelösten Wirtschaftskrise erleben durften, wie der nationale Staat immer weitere Hunderte von Milliarden an Schulden macht, um private Spekulanten vor dem Markt zu retten und sogar noch ihre Boni zu finanzieren, stellt sich erst recht die Frage, warum ausgerechnet die sozial schwachen Berliner mit weniger staatlicher Leistung auskommen sollten. Wie begründet man regionalstaatliche Sanierungsversuche durch soziale Härten, wenn ihre Wirkung durch die nationalstaatliche Verantwortungslosigkeit zugunsten von Bonusbankern und anderen besserverdienenden Klientelen mehr als getilgt wird?



Berliner S-Bahn: Beispiel für die Folgen von Privatisierungspolitik. Foto: Horb

**3.** Was lernt uns das nationalstaatliche Handeln in der Bankenkrise nun darüber hinaus? Zuallererst: Markt braucht mehr Staat und damit ist nicht gemeint, noch mehr Geld vom Staat. Vor einem halben Jahrhundert haben das die deutschen Sozialdemokraten, damals unglobalisiert im rheinischen Kapitalismus mit sozialem Bonus, noch gewußt: So viel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig. Das Godesberger Programm enthält zahlreiche solche Hinweise, die allerdings heute bei einer Meinungsumfrage kaum ein Wähler der letzten Bundestagswahl noch der Sozialdemokratie zuordnen würde. Liest man als heutiger Sozialdemokrat im damaligen Programm, dann wird man verblüfft.

Das damals und später oft als rechte Abweichung von der linken Tradition gedeutete Godesberger Programm erscheint einem mittlerweile als linksaußen am Rand der verbliebenen Sozialdemokratie verfaßte Kampfschrift. Ein kleines Beispiel: „Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. Durch solche Unternehmen soll den Interessen der Allgemeinheit Geltung verschafft werden. Sie werden dort zur Notwendigkeit, wo aus natürlichen oder technischen Gründen unerläßliche Leistungen für die Allgemeinheit nur unter Ausschluß eines Wettbewerbs wirtschaftlich vernünftig erbracht

werden können.“ Das ist nicht mehr die sozialdemokratische Illusion der Weimarer Republik, man könne u.a. mit öffentlichen Unternehmen die privaten schrittweise verdrängen, es ist aber auch kein privatisierungsgeiler neoliberaler Unsinn.

**4.** Und nun wenden wir das einmal auf das heutige Berlin an. Die S-Bahnkrise in Berlin hat gerade gezeigt, wie bonusgeile Manager auf dem Spurt ins Börsenkasino mit dem Leben hunderttausender Fahrgäste zocken, was erst durch ein staatliches Bahnamt beendet wird, bevor es Tote gibt. Erst das Urteil eines staatlichen Bundesgerichts beendet zumindest für einige tausend Kunden die Abzocke durch die privatisierte Gasag, die mit Ölpreiserhöhungen im Ölpreiskasino Preiserhöhungen begründen will, Ölpreisrückgänge im gleichen Zockerparadies aber nicht mit Preissenkungen folgt, übrigens nicht einmal für Öl, sondern willkürlich für Gas. Erst das Urteil des staatlichen Landesverfassungsgerichts versucht, den von explodierenden Wasserpreisen geschöpften Berlinern die Kenntnis des Vertrages zu ermöglichen, der angesichts des eigenen Konkurses vom Land seinerzeit über Berlins Wasserbetriebe geschlossen werden mußte. All das hat immerhin eine zaghafte Diskussion über (Re-)Kommunalisierung privat(isiert)er Landesunternehmen begünstigt.

**5.** Versprochen war sowas bereits in der Koalitionsvereinbarung des rot-roten Senats: „Die Koalition setzt sich für starke öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ein. Hierzu gehören Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasserversorgung und -entsorgung, der Abfallwirtschaft, der Wohnungswirtschaft und im Gesundheitswesen. Das Beteiligungsmanagement muß für diese Unternehmen weiter verbessert werden. Die parlamentarische Kontrolle muß weitere qualifiziert und vertieft werden. ... Die Koalition lehnt Privatisierungen bei Betrieben der Daseinsvorsorge ab. Die generelle Aufgabe für Betriebe der Daseinsvorsorge ist die Preis- und Tarifstabilität bei Aufrechterhaltung hoher Qualitätsstandards. ... Die Koalition setzt sich für die Rekommunalisierung der BWB ein.“ (Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Landesverband Berlin und der Die Linkspartei.PDS (Die Linke) für die Legislaturperiode 2006 - 2011 S. 17) Passiert ist bislang nicht das geringste. Schon gar nicht ist ein Konzept zu erkennen.

**Fortsetzung Seite 18**

**6.** Wie könnte ein Konzept für mehr kommunale Daseinsvorsorge aussehen? Zunächst muß daran erinnert werden, daß der Begriff der Daseinsvorsorge ursprünglich ein Kampfbegriff gegen den Staat in der Wirtschaft war und zudem ein vager: „Alles, was von seiten der Verwaltung geschieht, um die Allgemeinheit oder nach objektiven Merkmalen bestimmte Personenkreise in den Genuß nützlicher Leistungen zu versetzen, ist Daseinsvorsorge.“ (Ernst Forsthoff: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Erster Band: Allgemeiner Teil, München und Berlin 2. Aufl. 1951, S. 280) Seine jeweilige Bedeutung ist politisch zu definieren. Markt- radikale brauchen - bis zur nächsten Krise - angeblich kaum Daseinsvorsorge, die meisten Menschen brauchen deutlich mehr, und das auch schon vorher. Ob in Berlin zuallererst weitere Wohnungsunternehmen zurück in Landeseigentum sollen, wie vom Koalitionspartner ventiliert, ist mehr als fragwürdig. S-Bahn, Wasserbetriebe oder auch Gasag erscheinen vordringlich.

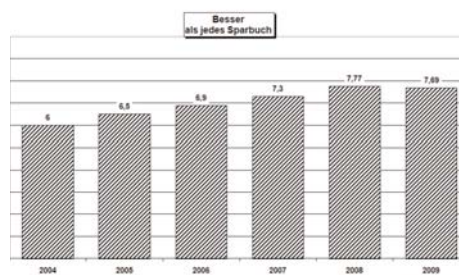
**7.** Eine fiskalische Betrachtung reicht nicht aus, ist aber gleichwohl notwendig. Daseinsvorsorge ist ein wichtiges Interesse im Sinne von § 65 der Landeshaushaltsordnung. Berlin darf daher Unternehmen der Daseinsvorsorge besitzen. Auch seine S-Bahn? Wie man liest, beabsichtigt die sozialdemokratische Verkehrssenatorin allen Ernstes, aus den einbehaltenen fünfzig S-Bahn-Millionen zusätzliche Fahrradständer an U-Bahnstationen und dergleichen zu kaufen. Dagegen erscheint eine strategische Beteiligung an der S-Bahn selbst natürlich irgendwie strohduhm. Da hätte man ja zwar dauerhaften Einfluß, aber halt weiter zu wenig Fahrradständer an der U-Bahn. Gegen mehr Feuerlöscher und Videokameras für die U-Bahn ist erst recht keiner. Und als angehende oppositionelle Revoluzzer kaufen wir am besten ohnehin nur Bahnsteigkarten und gucken den Zügen hinterher, falls sie mal fahren. Fahrradständer sind da eigentlich schon ganz schön verwe-

Aber prüfen wir trotzdem einfach einmal todesmutig, ob man vielleicht nur halb soviel Fahrradständer etc. und mit den restlichen zig Millionen immerhin eine Minderheitsbeteiligung an der S-Bahn überhaupt kaufen darf. Die für 2009 der S-Bahn zgedachten 232 Millionen kriegen wir als Regionalisierungsmittel vom Bund. Nach Artikel 106 a des Grundgesetzes kriegen die Länder dieses Geld vom Bund für den öffentlichen Personennahverkehr. Nach § 5 des Regionalisierungsgesetzes kommt es aus dem Aufkommen der Mineralölsteuer. Mit dieser gesetzlichen Konstruktion wollte die Bahnreform 1993 europäisches Recht umsetzen, das übrigens den marktgläubigen Zeitgeist nach Mauer-

fall schön illustriert. Aber selbst die Richtlinie 91/440/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 zur Entwicklung der Eisenbahnunternehmen nimmt in Artikel 2 Absatz Eisenbahnunternehmen, deren Tätigkeit ausschließlich auf den Stadtverkehr, Vorortverkehr oder Regionalverkehr beschränkt ist, von den recht marktgläubigen Regelungen aus. Nach § 7 des Regionalisierungsgesetzes ist lediglich insbesondere der Schienenpersonennahverkehr zu finanzieren. Muß also keine S-Bahnschiene sein, kann sogar ein Bus sein oder in der Tat ein Fahrradständer an der Haltestelle. Den Bundestagsdrucksachen ist allerdings auch nirgends zu entnehmen, daß der Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen des Personennahverkehrs im Gegensatz zu Fahrradständern unzulässig sei. Bei der S-Bahn sollten wir beginnen, die einbehaltenen Millionen nicht verpöfeln, sondern strategisch klotzen. Die Fahrradständer sollten wir dann später kaufen.

#### AUS WASSER GELD MACHEN?

Die privatisierten Anteile an den Berliner Wasserbetrieben sollten wir zurückerwerben. Haben wir eigentlich schon ein Vor-



Verzinsung bei den Wasserbetrieben

kaufsrecht? Wenn nicht, wird es Zeit. Für 2008 garantierte Berlin durch Verordnung den beiden privaten Miteigentümern satte 7,77 % Zins auf das betriebsnotwendige Kapital, für 2009 7,69%. Uns selbst natürlich auch, womit sich erklärt, warum im Haushalt des ach so linken Wirtschaftssenators stolze 94,5 Millionen anteilige Gewinnabführung der Wasserbetriebe veranschlagt sind. 2007 waren nur 69 Millionen veranschlagt. Für 2009 sind es schon 105,6 Millionen. Da verstehen doch Berlins Mieter und Hauseigentümer ihre Nebenkostenabrechnung für 2008 gleich besser. Wenn privaten Unternehmen die andere Hälfte des Ladens gehört, wissen wir auch gleich, wieviel Gewinn denen zugesteckt wird.

Wie das geht? Das Teilprivatisierungsgesetz garantiert den wagemutigen Unternehmern derzeit in § 3 Absatz 4 mindestens die durchschnittliche Rendite zehnjähriger Bundesanleihen der letzten zwanzig Jahre. Ursprünglich waren es sogar noch zwei Prozentpunkte obendrauf, aber

das erklärte Berlins Verfassungsgericht am 21. Oktober 1999 dann doch für nichtig. Wir sollten prüfen, ob wir beim Rückkauf, finanziert zu heutigen Kommunalkreditzinsen, nicht sogar noch ein Plus machen würden. Dann würden ceteris paribus aus den einhundert Millionen doch zweihundert ... Statt die Kapitalkosten der privaten zu entgelten, könnten wir unsere Kommunalkreditzinsen für den Anteilserwerb möglicherweise problemlos finanzieren, selbst wenn wir die weiteren Preisanstiege einbremsen. Ein aktuelles Wertgutachten könnte bei Bedarf zudem seinerzeitige Einstandspreise und seitherige Desinvestition verrechnen.

#### VERMÖGENSSTEUER FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR NUTZEN

Der Dresdener Parteitag hat endlich gefordert, die Vermögensteuer wieder einzuführen, die in Artikel 106 Absatz 2 Punkt des Grundgesetzes steht, aber von Kohls schwarz-gelber Koalition weggetrickst wurde. Deren Aufkommen fließt bekanntlich den Ländern zu, in Berlin waren das zuletzt 171 Millionen im Jahr. Diese Einnahmen sind in Berlin vorrangig zu nutzen, um Investitionen in den öffentlichen Sektor zu finanzieren. So wird aus privatem Vermögen sukzessive öffentliches. Solange diese Einnahmen noch nicht zur Verfügung stehen, könnten wir mit Kommunalkrediten die Investitionen in den öffentlichen Sektor zwischenfinanzieren und zugleich deren Tilgung durch Vermögensteuer eine Zeit lang gesetzlich festschreiben. Wenn der Staat für private Spekulanten Schulden macht, sollte er es auch für eigene Unternehmen der Daseinsvorsorge machen. § 10 des Haushaltsgrundsatzgesetzes und alle Haushaltsordnungen geben das im übrigen eindeutig her.

#### KOCHGESCHIRR ZURÜCKERWERBEN

Kochgeschirr, das in einer Notlage von Berlin verkauft werden mußte, gilt es zurückzuerwerben. Auch der ein oder andere ergänzende Topf ist neu anzuschaffen. Verschiedene Wege sind gangbar, um den Ausbau des öffentlichen Sektors zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu finanzieren. Die Debatte darüber ist nicht nur in



Berlin überfällig. Wähler wollen wissen, was wird, nicht nur, wer was wird. **Hans Willi Weizen** □

Mehr zu öffentlichen Unternehmen in: Hans Willi Weizen: Berlin in der Finanzkrise. Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, S. 96-164, ISBN 978-3-8305-1445-9

Ehrung:

# Gedenken an Marie Schlei

AWO und Baugenossenschaft „Freie Scholle“ enthüllten Tafel

**Am ehemaligen Wohnhaus von Marie Schlei im Allmendeweg 112 haben der Landesvorsitzende der Berliner AWO, Hans Nisblé, und der Vorstandsvorsitzende der Freien Scholle, Jürgen Hochschild, eine Berliner Gedenktafel zu Ehren der SPD-Politikerin eingeweiht.**

Marie Schlei, die 1983 im Alter von 63 Jahren verstarb, wäre am 26. November 90 Jahre alt geworden. Hans Nisblé erinnerte an die Leistung der ersten Entwicklungshilfeministerin, die sich ein Leben lang um sozial benachteiligte Menschen gekümmert habe. Marie Schlei wollte besonders den Frauen helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Hans Nisblé: „Vom Arbeiterkind zur Ministerin - so könnte man

in knappen Worten Marie Schleis Werdegang und ihre Karriere beschreiben. Damit würde man ihr allerdings nicht gerecht, denn was zunächst wie eine märchenhafte Bilderbuchkarriere klingt, war in Wahrheit ein langer und oftmals harter Weg.“

„Entscheidend“, so Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem von Nisblé verlesenen Grußwort, „war ihr großes, liebevolles Herz.“ Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller würdigte Marie Schlei als „große Sozialdemokratin“: „Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit hat sich durch Marie Schleis gesamtes Leben gezogen. Ihre Hartnäckigkeit und Konsequenz waren es, die Frauenprojekte in aller Welt ihren Namen noch heute als Ermutigung empfinden lassen.“ **BS** □



Enthüllung der Gedenktafel durch den AWO-Vorsitzenden Hans Nisblé und den Vorstandsvorsitzenden der Freien Scholle Jürgen Hochschild.  
Foto: Axel Sommer

# Freiheit, schöner Götterfunke

Musik als Brücke: Wolf-Rüdiger G. Hegerding erinnert an das Freiheitskonzert 1989

**Als ich noch zur Schule ging wurde die Ode an die Freude mit dem Schillerischen Text aus der 9. Sinfonie von Beethoven als Hymne bei Sportveranstaltungen für beide deutsche Staaten gespielt. Seit Jahren ist sie die EU-Hymne und die 9. Sinfonie Weltkulturerbe der UNESCO. Vor 20 Jahren wurde in jenen ereignisreichen Tagen diese Sinfonie vor 1 Milliarde TV-Zuschauern mit internationaler Besetzung unter Bernstein aufgeführt.**

Die Mauer war bereits im November gefallen, der Druck des 40 Jahre eingesperrten DDR-Volkes hatte dazu beigetragen. Ich war zu dem Zeitpunkt bereits Mitglied der SDP in Ostberlin. Die Kultur galt vor dem Fall der Mauer als Oase und Brücke. Nun setzten internationale Künstler Zeichen. Daniel Barenboim gab sofort ein Sonderkonzert am 12. November, so betrat ich zum ersten Mal seit 1961 wieder Westberliner Boden in der Philharmonie. Später luden mich die Berliner Philharmoniker einen ganzen Tag lang ein, ich hatte beim Konzert im Mai 1989 im Schauspielhaus ein großes Zeichen gesetzt und Claudio Abbado schrieb mir einen Glückwunschbrief zum Mauerfall.

Musik als Brücke, das sollte Weihnachten 1989 zum Weltkulturereignis werden - die 9. Sinfonie von Beethoven im Schauspielhaus Ost und in der Philharmonie West!!! Der große Komponist und Dirigent Leonard Bernstein, ein Mittler zwischen den Welten und Friedensbotschafter, hatte den Schillerschen Text in der Ode an die Freude zum Freiheitssymbol umgedichtet. Die TV-



Bernstein-Konzert 1989: Eine Erinnerungsaufnahme von Wolf-Rüdiger G. Hegerding

Übertragungen in über 22 Länder wurde aus „meinem“ Schauspielhaus gesendet. Der Vorplatz war mit Ü-Wagen zugestellt. Auf dem Platz der Akademie (heute: Gendarmenmarkt) konnten zusätzlich Tausende das Konzert live erleben. Seit 1984 sah ich hier alle Bernsteinkonzerte und konnte auch den Meister immer persönlich sprechen. Tage- und nächtelang wurde immer für Karten angestanden.

Dann das festliche Konzert, der Meister betrat den Konzertsaal, stürmischer Beifall, die Musik erklang. Das war nicht nur Musik, hier geschah etwas, was die Menschen vereinte. Als der 4. Satz erklang, waren wir überwältigt. FREIHEIT, schöner Götterfunke..., schallte es durch den Saal und in die Welt. Die Freiheit hatten wir erlangt, das erste freie Weihnachten seit Jahrzehnten. Die Welt schaute zu, fast 1 Milliarde Menschen!

FREIHEIT, dafür waren wir auf die Straße gegangen, FREIHEIT, dafür waren jetzt einige von uns in neue demokratische Parteien eingetreten, wie ich 2 Monate zuvor in die SDP, um Erträgliches unumkehrbar zu machen. Die Berliner Fahne galt in diesen Tagen als ein Symbol der Freiheit. So hatte ich dem großen Meister nach dem letzten Ton die Berliner Fahne mit völkerverbindenden Worten zum Pult hochgereicht. Und er schwang die Fahne in hohem Bogen, ein Begeisterungssturm brauste los. Anschließend war noch ein Staatsempfang für Bernstein, in den ich hineingeschmuggelt wurde. Bernstein hatte sich bei uns in Ostberlin im Schauspielhaus immer besonders wohl gefühlt, Kultur war für uns eine Nische. Das zweite Konzert auf der Westseite in der Philharmonie erlebte ich auch und hatte hier zum letzten Mal die Gelegenheit, den Meister zu sprechen. Das Orchester setzte sich symbolträchtig aus Musikern vieler Nationen zusammen. In diesen Tagen entwickelten Bernstein und Justus Frantz die Idee der Philharmonie der Nationen. Diese trägt noch heute zur Völkerverständigung bei. Mit Musik die Friedensbotschaft in alle Welt tragen, das war auch Bernsteins Vermächtnis. Nicht nur seit diesen Tagen versuche ich durch Kultur Menschen zusammenzubringen, so wie es auch als Staatsziel vom Kulturstaatsminister jetzt verankert ist. Vergessen wir nicht unseren Kampf von 1989 für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Miteinander. Die Chance für einen neuen Anfang gibt es immer.

**Wolf-Rüdiger G. Hegerding** □

# Sozialist mit Bodenständigkeit

Prof. Dr. Peter Brandt: Eine Laudatio auf Heinz „Micky“ Beinert

**Mit 80 Jahren ging Heinz „Micky“ Beinert jetzt als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Jugendkulturservice in den Ruhestand. Die Rede zur Abschiedsfeier hielt der Historiker Prof. Dr. Peter Brandt. Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge.**

Sie kennen alle die wehmütige Floskel von den „Urgesteinen“ der bundesdeutschen Nachkriegspolitik im Spektrum zwischen Franz-Josef Strauß und Herbert Wehner, die von den unter weniger dramatischen Umständen aufgewachsenen und deswegen meist weniger profilierten (weniger „kantigen“) Führungsfiguren der 40er und 50er, inzwischen auch schon 60er und 70er Jahrgänge abgelöst worden sind. Wir ehren heute ein Urgestein der nicht-etablierten Linken in Deutschland, einen, der aufrecht und überzeugungstreu, dabei begabt mit einem bemerkenswerten politischen Instinkt, mit Klugheit und der erforderlichen, auch listigen Umsicht, nicht zuletzt mit einem beeindruckenden, selbstständig erworbenen Wissen nicht wenig dazu beigetragen hat, dass die authentische Tradition der einst mächtigsten Arbeiterbewegung der Welt, der deutschen, besonders verkörpert von den nach 1945 überlebenden Veteranen eines radikal-demokratischen Linkssozialismus, bewahrt und in den Aufbruch seit den späten 1960er Jahren eingebracht wurde.

Ich kenne Micky Beinert seit dem Frühjahr 1965, als er bei den Berliner „Falken“ Landessekretär für politische Bildung wurde. Erstmals sah ich ihn auf einer „Falken“-Landesdelegiertenkonferenz. Es ging dort u. a. um den beginnenden Protest gegen den Vietnam-Krieg der USA, der für meine (und manch anderer) Politisierung eine ähnliche Rolle spielte wie der Algerienkrieg für Micky und seine Mitstreiter ein Jahrzehnt früher. Man kann sich heute nur schwer vorstellen, wie heikel es noch in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in West-Berlin war, Kritik an den USA zu äußern.

Die Jahre in den „Falken“ haben mich tief geprägt, und das lag nicht zuletzt an Menschen wie Micky Beinert, die (ein heute oft phrasenhaft benutzter Ausdruck) glaubwürdig waren. Dazu gehörte, dass Micky zwischen seiner spezifischen Orientierung und der Verantwortung für die größere Einheit, den „Falken“-Verband im Ganzen, genau unterscheiden konnte. Auch diejenigen, die nicht immer mit ihm konform gingen, wussten, dass sie ihm vertrauen konnten.

Man hat von der „sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ gesprochen, deren Hochzeit im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik lag. Die zunehmend re-



Heinz Beinert.

Foto: privat

formistische und gradualistische Transformationskonzeption der SPD bedeutete nicht, dass für deren Anhänger das Ziel einer neuen Gesellschaft, des Sozialismus, keine wesentliche Rolle mehr spielte. Vielmehr verstanden sie die alltäglichen Verbesserungen des Bestehenden auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zugleich als Schritte auf dem Weg zum sozialistischen „Zukunftsstaat“. Mir geht es hier nicht darum, ob diese Vorstellung stimmig war, sondern um etwas anderes: Man erlebte das solidarische Miteinander und den gemeinsamen Einsatz als eine Vorwegnahme zwischenmenschlicher Beziehungen im Sozialismus, und von dieser Haltung, von dieser Einstellung habe ich in den „Falken“ der 60er Jahre noch eine ganze Menge mitbekommen.

Besonders sind mir in Erinnerung die großen Sommer-Zeltlager der Berliner „Falken“ mit bis zu 2000 Teilnehmern und die Gedenkstätten- und Informationsreisen nach Mittel- und Osteuropa, namentlich nach Polen und in die Tschechoslowakei, die seit den späten 50er Jahren durchgeführt wurden, woran Micky Beinert beteiligt war. Fraglos haben die „Falken“ auf diese Weise, wie durch ihre Aufklärungsarbeit überhaupt, dazu beigetragen, psychologisch den Boden für die spätere Neue Ostpolitik der Bundesrepublik zu bereiten, für die Entspannung zwischen den Blöcken in Europa und den beiden Teilstaaten in unserem Land, eine Politik, die um 1970 unter der Verantwortung eines bekannteren Trägers meines Namens durchgesetzt wurde. Der Wahrhaftigkeit halber muss man hinzu fügen, dass die angesprochene Vorreiterrolle der „Falken“ in den frühen und mittleren 60er Jahren ihnen damals durchaus nicht honoriert wurde, eher im Gegenteil.

Anders als das heute gern kolportiert wird, sympathisierten linke Sozialdemokraten und demokratische Linkssozialisten damals keineswegs mit der poststalinistischen Diktatur, sondern vielmehr mit den-

jenigen, die in den betreffenden Ländern unter schwierigsten Bedingungen für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, wie sie das nannten, eintraten. Als die Truppen des Warschauer Pakts am 21. August 1968 den „Prager Frühling“ beendeten, war es die Westberliner Linke, die noch am selben Tag mit 5000 Leuten auf die Straße ging - und wieder finden wir Micky Beinert unter den Organisatoren der Demonstration. Sein über die Jahrzehnte konsequenter Antistalinismus gaben Micky nach 1989 auch die Freiheit, für einen unverkrampften Umgang mit der PDS, der Nachfolgepartei der SED, einzutreten und deren selbstkritische Diskussionen unvoreingenommen zu würdigen.

Ich war Mitte und Ende der 60er Jahre ein blutjunger, sehr engagierter und wissbegieriger Sozialist, der sich für diejenige politische Strömung interessierte (und sich dieser dann anschloss), der auch Micky Beinert angehörte: die zahlenmäßig kleine (trotzkistische) „Vierte Internationale“ mit Ernest Mandel, Jakob Moneta und Georg Junglas, Mickys Mentor aus seinen Kölner Jahren, um nur einige herausragende Mitglieder zu nennen.

Der im vergangenen Jahr verstorbene Peter von Oertzen hat nie einen Hehl daraus gemacht, in den 50er und 60er Jahren eng mit der trotzkistischen Strömung zusammen gearbeitet zu haben, etwa in der Zeitschrift „Sozialistische Politik“. Micky Beinert stand außerdem in besonders enger Verbindung zu Hans-Jürgen Wischniewski, in den 50er Jahren Juso-Vorsitzender in Köln und später als führender SPD-Politiker bekanntlich Gefolgsmann Helmut Schmidts. Der Spitzname „Ben-Wisch“, der auf die vorzüglichen Kontakte in die arabischen Länder hinwies, stammte aus der gemeinsamen propagandistischen, daneben sehr praktischen und geradezu abenteuerlichen Unterstützung für den algerischen Unabhängigkeitskrieg von 1954 bis 1962. Micky Beinert hat, zusammen mit Wischniewski und anderen, anlässlich des 50. Jahrestags des Beginns der Erhebung einen hohen Orden der Demokratischen Volksrepublik Algerien bekommen.

Als ich Micky kennen lernte, fiel mir neben dem charakteristischen politischen Geschick namentlich seine große Freundlichkeit auf. Er sprach mit einem noch so jungen Genossen, wie ich es war, ohne jede Herablassung und völlig vorurteilsfrei. Bis heute schätze ich die menschliche Wärme, die von ihm ausgeht, und jedes Mal, wenn wir, manchmal erst nach Jahren, wieder zusammentreffen, sofort das Band der Sympathie von mir aus erneuert. Dazu kommt ein köstlicher Humor, der sich in

**Fortsetzung von Seite 20**

vielen Anekdoten niederschlägt. Micky Beinert ist ein Beweis dafür, dass man mit Humor - und dazu gehört, auch über sich selbst lachen zu können - wirklich besser durchs Leben kommt, einschließlich schwieriger Phasen und Situationen.

Von Mickys Kölner Aktivitäten, hauptberuflich war er Geschäftsführer des Bezirks Mittelrhein der „Falken“, wusste ich, bevor ich ihn das erste Mal traf. Wie er die 25 Jahre davor gelebt hatte, erfuhr ich erst nach und nach. Aus einer kleinbürgerlichen Berliner Familie stammend, der Vater Kleinunternehmer und überdies unterer NSDAP-Funktionär, durfte Micky im letzten Kriegsjahr den Wunschberuf eines Jockeys nicht erlernen (von Staats wegen), musste statt dessen als Tankwart arbeiten, bevor er im Herbst 1944 eine Maschinenschlosserlehre begann. Der „Volkssturm“-Einsatz „fünf Minuten nach zwölf“ ging glimpflich aus, und Micky folgte der Familie in ein Dorf nahe Genthin, wo er als Knecht bei einem Großbauern arbeitete, später die Maschinenschlosserlehre fortsetzte. Von 1948 bis 1954 malochte er unter Tage in einer im Landkreis Aachen gelegenen Zeche, wurde Mitglied der SPD, der „Falken“ und natürlich der Bergbau-Gewerkschaft. Neben der beruflichen Arbeit im Bergwerk begann Micky eine rege ehrenamtliche Tätigkeit in den erwähnten Organisationen, nament-

lich in den „Falken“. Nimmt man die spätere hauptamtliche Funktionärstätigkeit und einen zwischenzeitlichen Job für eine Werbefirma hinzu, dann summiert sich das zu einer imponierenden Lebenserfahrung, die ihn stets davor bewahrt hat, politisch abzuheben, bewahrt hat vor ideologischen Verstiegenheiten und sektiererischer Selbstbefriedigung.

Wenn politisch links zu stehen, nicht nur - worauf es heute manchmal reduziert wird - ein unkonventionelles Lebensgefühl eines bestimmten Milieus bedeutet, sondern auf eine qualitativ andere solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen zielt, also letztlich eine Kapitalismus überwindende Perspektive beinhaltet, muss die Masse des werktätigen Volkes, so wie es ist, müssen die gesamten Kräfte der Arbeit und der Kultur die Adressaten sein statt allein irgendwelcher Randgruppen oder Subkulturen. Micky Beinert hat das nie predigen müssen, weil er durch seine Lebensgeschichte und seine gesamte Persönlichkeit stets den Realismus und die Bodenständigkeit verkörpert hat, deren es bedarf. Aus Gründen, die hier nicht zu diskutieren sind, hat die Außenparlamentarische Opposition der späten 60er Jahre, wo Micky Beinert als Vertreter der „Falken“ (zusammen mit Peter Bischoff) in Berlin zu einer der leitenden Personen gehörte, diese Richtung nicht einzuschlagen vermocht, sondern eine Pro-

testkultur begründet, deren Teilnehmer sich nicht selten ganz wohl dabei gefühlt haben, im eigenen Saft zu schmoren.

Die Notwendigkeit, die breiten Schichten des Volkes - die Lohnabhängigen und darüber hinaus, die Abermillionen ganz normaler Menschen - zu sammeln, besteht heute mehr denn je, da der Angriff des wieder entfesselten, global agierenden Kapitalismus auf die große Mehrzahl der Menschen auch hierzulande zugespitzt wird von einem hochspekulativen, aggressiven internationalen Finanzkapital, das nach der Krise von 2008/2009 schon wieder dabei ist, weitere „Heuschrecken“ (um mit Franz Müntefering zu sprechen) los zu lassen.

Es kennzeichnet Micky Beinert, dass auch hart empfundene Niederlagen ihn niemals haben veranlassen können, sein Engagement aufzugeben oder in der Demoralisierung zu versacken. Auf die hauptamtliche Funktionärstätigkeit bei den „Falken“ folgte die Arbeit für den Landesjugendring, der Wechsel in die Senatsverwaltung für Jugend und schließlich die ehrenamtliche Geschäftsführung dieser wunderbaren Einrichtung, des JugendKulturService, man darf vielleicht sagen: Micky Beinerts jüngstes Kind. Dieser Einsatz wurde belohnt mit dem Bundesverdienstkreuz. Wie schön, dass diese Auszeichnung inzwischen auch an Menschen wie ihn verliehen wird!

**Prof. Dr. Peter Brandt** □

## Mitgestalter des Wiederaufbaus

Heinz Hoefler: Kommunalpolitiker mit ganzem Herzen

**Unzählige Medaillen, Urkunden, sogar ein Stuhl aus dem Pariser Partnerbezirk von Steglitz spiegeln die vielfältigen Aktivitäten wider, für die Heinz Hoefler in der Vergangenheit an vielen Orten geehrt wurde. Fast wäre Heinz Hoefler auch einmal in Berlin von einem Regierenden Bürgermeister für seine Arbeit ausgezeichnet worden. Aber dann erfolgte 2000 kurzfristig dessen Abwahl. Und danach hat Heinz Hoefler nichts mehr davon gehört.**

Dabei hat er viel für die Stadt bewegt. Und für seinen Bezirk Steglitz, dessen Baustadtrat und Bürgermeister er in den fünfziger und sechziger Jahren war. Eine „Baubeschleunigungsbehörde“ machte er aus dem Bauamt, rund 30.000 Steglitzer Wohnungen entstanden in seiner Amtszeit. Ihm gelang es mit Hilfe Willy Brandts, die Benjamin-Franklin-Stiftung in den Bezirk zu holen und damit den Bau des Universitätsklinikums zu sichern.

Wenn Heinz Hoefler am 26. Dezember seinen 94. Geburtstag feiert, kann er auf ein langes und arbeitsreiches Leben zurückblicken. Aufgewachsen ist er in Kreuzberg, der Vater war Sozialdemokrat,



Heinz Hoefler mit der Medaille der französischen Ehrenlegion. Foto: Horb

mit zehn Jahren wurde Heinz Hoefler Mitglied der SAJ, nahm an deren Ausflügen teil und erinnert sich noch an eine Sonnenwendfeier mit Paul Löbe. Am 1. April 1930 trat er der Kreuzberger SPD bei. Er begann eine Lehre bei einer Siedlungsgesellschaft, sanierte alte preußische Gutshöfe. Nach der Machtübernahme durch die Nazis ging er kurze Zeit ins Exil nach Dänemark. Es folgten halb-legale Tätigkeiten für einen jüdischen Unternehmer, Arbeitsdienst, Wehrdienst, eine Verwundung mit wo-

chenlangem Koma, schließlich die Rückkehr nach Deutschland. 1947 schlug er sich nach Berlin durch. Er wurde Prokurist einer Wohnungsbaugesellschaft, die u. a. die Ernst-Reuter-Siedlung im Wedding errichtete. Kommunalpolitisch engagierte er sich in Steglitz, er wurde Bezirksverordneter, Fraktionsvorsitzender, Baustadtrat und von 1965 bis 1971 Bürgermeister. Er engagierte sich für bezirkliche Partnerschaften und Aussöhnung, war Kreisvorsitzender der SPD Steglitz. Mit Willy Brandt, den er seit 1949 kannte, verband ihn eine Freundschaft, Hoefler ermutigte ihn auch, als Regierender Bürgermeister zu kandidieren.

Nach der kommunalpolitischen Arbeit folgte noch einmal eine neue Aufgabe - als Aufsichtsratsvorsitzender der IDEAL, einer Lebensversicherung mit sozialdemokratischen Wurzeln. 62 Jahre ist er aktives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, er engagierte sich u. a. in der Ella-Kay-Stiftung. Heute lebt er mit seiner zweiten Frau Barbara, die er vor 40 Jahren kennenlernte, in Neu-Westend, umgeben auch von vielen Erinnerungstücken, die zeigen, dass viel von ihm bewegt worden ist. Die Politik verfolgt er weiter aufmerksam. **U.H.** □

## Eva Högl: Wahlkreisbüro im Kurt-Schumacher-Haus

**Es ist soweit! Möbel und Computer sind angekommen, Kisten mit Akten fast ausgepackt. Die Bundestagsabgeordnete von Berlin-Mitte, Dr. Eva Högl, lädt alle interessierten Genossinnen und Genossen sehr herzlich ein zur Einweihung ihres Wahlkreisbüros im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstraße 163 im Wedding. Sie setzt damit die Tradition von Jörg-Otto Spiller fort, der hier ebenfalls ein Wahlkreisbüro eingerichtet hatte.**

Am Mittwoch, 16. Dezember 2009, ab 17 Uhr gibt es einen kleinen Umtrunk

und Imbiss mit Gelegenheit zur Besichtigung der Räume. Da der Platz begrenzt ist, bittet Eva Högl um Anmeldung unter [eva.hoegl@bundestag.de](mailto:eva.hoegl@bundestag.de) oder telefonisch unter (030) 4692 - 125.

Eva Högl: „Darüber hinaus seid Ihr alle in meinem Wahlkreisbüro jederzeit herzlich willkommen! Für Ideen, Fragen und Anregungen steht Euch mein Mitarbeiter Daniel Schwarz gerne zur Verfügung. Ich freue mich auf Euch!“ Sprechstundentermine können unter der Rufnummer 4692 - 125 erfragt oder verabredet werden. □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**



Abteilungen aus Mitte und Treptow-Köpenick präsentierten sich auf dem Dresdener SPD-Bundesparteitag im Wettbewerb um den Wilhelm-Dröschner-Preis. Die SPD „Grünes Dreieck“ aus Mitte zeigte die Ausgaben ihrer Zeitschrift „Die Propagandistin“, in der über Themen wie die Haushaltspolitik oder den 1. Mai und die Arbeitsmarktpolitik berichtet wird. Die Treptower SPD zeigte an ihrem Stand, wie die Erinnerung an den „portugiesischen Oskar Schindler“ Aristides de Sousa Mendes wachgehalten wird, der als portugiesischer Generalkonsul im Zweiten Weltkrieg schätzungsweise 30.000 Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter 10.000 Juden, das Leben rettete. Fotos: Stützer

## T ERMINEN

- SPD Reinickendorf – Abt. Waidmannslust-Lübars-Wittenau, **Nikolausaktion**, Samstag, 5. Dezember, ab 10.00 Uhr, vor Reichelt, Zabel-Krüger-Damm 25, 13469 Berlin-Waidmannslust und in Alt-Wittenau
- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und Volkshochschule City West, **Kirche - Kult - Konzern - Was ist Scientology?** Vom 7. bis 8. Dezember 2009, von 9.00 bis 17.00 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 421a, Anmeldung: VHS City West 9029 288 55 oder 9026 194 00, vhs@charlottenburg-wilmersdorf.de, Entgelt: 10 EUR
- AfA Gesamtbetriebsgruppe Post + Postbank + Telekom, **Vorweihnachtlicher Jahresabschluss**, Dienstag, 8. Dezember 2009, um 17.30 Uhr zum Jahresabschluss der SPD-Bürgerladen, Goethestr. 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden bei Claudia Feiling, Tel. 605 25 18, Mail: claudfeil@t-online.de
- Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, MdB, Türkei – Europa, **Berlin Istanbul – Wandel durch Annäherung**, Referenten: Prof. Dr. Alparslan Yenil, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler an der FU Berlin; Ingo Siebert, Leiter des August-Bebel-Instituts, Dienstag (!), 8. Dezember 2009, um 18.00 Uhr, Achtung: Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- Fachausschuss Stadt des Wissens, AG Schule und AfB-Landesvorstand / Felicitas Tesch, MdB, **Auswertung der Veranstaltung mit Senator Zöllner** und weiteres Vorgehen in Sachen Schulstrukturreform, Mittwoch, 9. Dezember 2009, von 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Fachausschuss Mobilität / Christian Gaebler, MdB, **Stadtring A 100: Endstation Treptow?** Podiumsdiskussion mit Ingeborg

- Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung, Doro Zinke, stellv. Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg, Tilmann Heuser, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Karsten Schulze, Haru-Reisen, Busunternehmer in Berlin, Montag, 14. Dezember, um 18.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
- SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Gespräch mit Sally Perel über den Nahost-Konflikt**, Donnerstag, 17. Dezember, ab 16.30 Uhr, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- BERLINER STIMME und Kulturforum Stadt Berlin, **Lesung „Der Schnee fällt nicht hin-auf“** mit Heide Simon und Hermann Treusch, musikalische Begleitung: Till Schwabenbauer (Klarinette), Donnerstag, 17. Dezember, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Der Eintritt ist frei – wir bitten um Spenden für die Künstler.
- Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie / Frank Jahnke, MdB, **Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und Planung 2010**, mit Björn Böhning, Burgunde Grosse, Donnerstag, 17. Dezember 2009, um 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- ASF Berlin, **Weihnachtsfeier**, Montag, 21. Dezember 2009, um 19.00 Uhr, Restaurant Seidls, Gotenstr. 1, 10829 Berlin, Menü: 29.- € | Anmeldung bitte bis zum 14.12. an: anett.baron@googlemail.com
- SPD Reinickendorf – Abt. Waidmannslust-Lübars-Wittenau, **Infostand**, Samstag, 21. Dezember 2009, ab 10.00 Uhr, GSW-/Rollbergsiedlung
- **aktuelle Termine der Berliner SPD** im Internet unter: <http://www.spd-berlin.de/termine/>

## Ella-Kay-Bürgerpreis wird verliehen

**Die Pankower SPD hat in diesem Jahr erstmalig den Ella-Kay-Bürgerpreis ausgeschrieben, um damit ein Zeichen für das Ehrenamt in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee zu setzen.**

Der Preis ehrt Personen oder gesellschaftliche Gruppen, die sich für die Menschen und die Interessen des Bezirks Pankow und seiner Stadtteile engagieren, gegen Rechtsextremismus eintreten und für Demokratie werben, sich für ein tolerantes Miteinander, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Das Vorschlagsrecht für den Preis liegt bei den Gliederungen des SPD-Kreises Pankow. Eigenbewerbungen sind nicht möglich. Anmeldefrist für Vorschläge ist Donnerstag, der 31.12.2009. Der oder die Gewinnerin der Ausschreibung erhalten ein Preisgeld von 250 Euro. Teilnahmeberechtigt sind Organisationen oder Personen, die ehrenamtliche Projekte in Pankow umsetzen. Eine Jury wird die bzw. den Preisträger ermitteln und auf dem Neujahrsempfang der SPD Berlin NordOst (Pankow) bekannt geben.

Weitere Informationen bei [carlo.schoell\(at\)spd-berlin-nordost.de](mailto:carlo.schoell(at)spd-berlin-nordost.de) oder postalisch beim SPD-Kreisbüro Berlin-NordOst, Kennwort „Ella-Kay-Bürgerpreis“, Berliner Straße 30, 13189 Berlin.

## S PRECHSTUNDEN

- **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder [eva.hoegl@wk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl@wk.bundestag.de)
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de) Nächster Termin: Donnerstag, 10. Dezember, von 16.00 bis 18.00 Uhr
- **MRECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder [mrechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mrechthild.rawert@wk.bundestag.de)
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Donnerstag, 10. Dezember 2009, von 15.00 bis 18.00 Uhr
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Lesung:

## „Der Schnee fällt nicht hinauf“

Literarische Texte zur Weihnachtszeit in der KSH-Galerie

**Besinnliche und fröhliche literarische Texte haben die Schauspieler Heide Simon und Herrmann Treusch für ein Vorweihnachtsprogramm ausgewählt, das sie am Donnerstag, dem 17. Dezember, in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus vortragen. Organisiert wird die Veranstaltung von der BERLINER STIMME und dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie.**

In der Lesung „Der Schnee fällt nicht hinauf“ stellen Heide Simon und Hermann Treusch ungewöhnliche Weihnachtstexte, Prosa und Gedichte, von Peter Handke,

Christian Daniel Schubart, Erich Mühsam, Rosa Luxemburg, Erich Kästner, Robert Walser, Georg Trakl, Hans Fallada, Christian Morgenstern, Fritz von Herzmanovsky Orlando, Heinrich Böll, Thornten Wilder, Robert Gernhardt und Hans-Dieter Hüsck vor. **BS** □

➔ Lesung mit Heide Simon und Hermann Treusch, musikalische Begleitung: Till Schwabenbauer (Klarinette), Donnerstag, 17. Dezember, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Der Eintritt ist frei - wir bitten um Spenden für die Künstler.



Rund 60 Besucherinnen und Besucher kamen zur Krimi-Lesung mit Horst Bosetzky und den „Mörderischen Schwestern“ in die Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses. Brigitte Lange, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, kündigte eine Fortsetzung der Lesungsreihe im kommenden Jahr an.

## Hauptstadt der Adventsmärkte

Eine kleine Auswahl vorweihnachtlicher Angebote

**Neben den großen Weihnachtsmärkten am Breitscheidplatz, am Gendarmenmarkt, vor dem Roten Rathaus, am Opernpalais und auf dem Spandauer Markt locken wieder zahlreichere kleinere stimmungsvolle Märkte.**

➔ **KiezWeihnacht 2009.** Der traditionelle Weihnachtsmarkt in Friedrichshain an und in der Samariterkirche (Samariterstraße 14) am 12. und 13. Dezember 2009 (jeweils von 13-20 Uhr) wird vom Unternehmer-Netzwerk „Die Friedrichshainer“ und der Samariter-Galiläa-Kirchengemeinde organisiert. Stimmungsvoll präsentieren sich über 40 Händler, die vorwiegend aus dem Kiez stammen. Das Angebot umfasst Kunsthandwerk und Schmuckdesign, Kinderspielzeug oder Adventsdekoration.

➔ **Öko-Weihnachtsmarkt rund um den Kollwitzplatz** mit vielen Ständen und Geschenkideen. Öffnungszeiten: 6. Dezember, 13. Dezember und 20. Dezember, jeweils 12 - 18 Uhr.

➔ **Alt-Rixdorfer Weihnachtsmarkt** rund um den Richardplatz. Im Schein un-

zähliger Petroleumlichter präsentieren sich über 100 Vereine, Organisationen und Verbände mit ihren karitativen Zielen und weihnachtlichen Angeboten. Öffnungszeiten: 5. Dezember 14:00 – 21:00 Uhr, 6. Dezember 14:00 – 20:00 Uhr.

➔ **Adventsmarkt Domäne Dahlem.** Handgefertigte Leckereien, kunsthandwerkliche Geschenkideen und eine Vorführung traditioneller Baumkuchenbäckerei werden für den Eintritt von 2,- Euro geboten. Öffnungszeiten: 5./6. Dezember, 12./13. Dezember, 19./20. Dezember, jeweils 11:00 – 19:00 Uhr.

➔ **Lucia Weihnachtsmarkt in der Kulturbrauerei** in Berlin Prenzlauer Berg, Schönhauser Allee 36. Zum 9. Mal bieten 40 Weihnachtsmarktstände stimmungsvolle Atmosphäre. Öffnungszeiten: bis 22. Dezember 2009, Montag bis Freitag 15:00 – 22:00 Uhr, Samstag, Sonntag und Feiertags 13:00 – 22:00 Uhr.

➔ **Weihnachtsmarkt auf dem Winterfeldplatz**, an den Adventssonntagen jeweils von 11 bis 19 Uhr. **BS** □

Lesung am 12. Dezember



Ausstellungseröffnung mit dem Berliner Künstler Hans Scheib (l.): Seine Scherenschnitte, mit denen er die Neuauflage von Jaroslav Hašek's „Geschichte der Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen des Gesetzes“ in Bilder umsetzte, sind noch bis zum 13. Januar 2010 in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, zu sehen. Geöffnet ist montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr. Zur Eröffnung sprachen Winfried Sühlo (r.), Vorsitzender des Kulturforums, und Ernest Wichner, Leiter des Literaturhauses Berlin. **Lesung:** Am Sonnabend, d. 12. Dezember lädt das Kulturforum um 19.30 Uhr zu einer Lesung aus dem Buch mit dem Schauspieler und Regisseur Manfred Karge in die Galerie.